

Der Tabak-~~Arbeiter~~

Organ der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

Der Tabakarbeiter erscheint jeden Sonnabend und ist durch alle Postanstalten, Buchhandlungen und Kolporture sowie durch die Expedition zu beziehen. — Preis vierteljährlich 75 Pfg. ohne Bringerlohn per Kreuzband 1.15 Mk.; monatlich 25 Pfg., per Kreuzband 39 Pfg. Vorausbezahlung. Inserate müssen bis Dienstag früh in unserer Expedition aufgegeben sein. Die 5gespaltene Beitzelle kostet 25 Pfg.; der Betrag ist voraus zu bezahlen. — Arbeitergesuche sind ausschließlich an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 8, II. zu senden.

Nr. 29.

Sonntag, den 22. Juli.

1906.

Expedition: Leipzig, Tauchaer Strasse 19/21.

Zur gest. Beachtung!

Berichte und Korrespondenzen für den Tabakarbeiter müssen bis spätestens Montag abend an das Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Bremen, Marktstraße 18, II. oder bis Dienstag vormittag an die Redaktion, Leipzig, Südstraße 59 gesandt sein. Alle später eingehenden Sendungen werden zur nächsten Nummer zurückgestellt. Die Redaktion.

Ein frommer Wunsch.

Δ Gelegentlich des über die Frage des Massenstreiks abermals ausgebrochenen Meinungsstreits ist von mehreren Parteiblättern auch dem Gedanken einer Verschmelzung von Partei- und Gewerkschaftsleitung in der Debatte näher getreten worden. Zwar wurde gesagt, daß diese Idee sobald noch nicht realisierbar werden würde, doch ging aus der detaillierten Behandlung hervor, daß dieser Gedanke nicht eben erst anlässlich des Streites über die Praktizierung des politischen Massenstreiks aufgetaucht, sondern schon längere Zeit in Erwägung gezogen worden ist. Man denkt bei diesem Vorschlag auch nicht allein an die etwaige Durchführung eines Massenstreiks, sondern erwartet vielmehr von einer Verschmelzung beider leitenden Instanzen überhaupt eine einmütigere Aktion in allen die politische Partei und die Gewerkschaften betreffenden wichtigen Fragen.

So glatt, wie sich ein solcher Vorschlag auch liest, so wenig glauben wir an eine solche Verschmelzung in absehbarer Zeit, weil die Aktionen der Gewerkschaften im unmittelbaren ökonomischen Kampfe mit der ausbeutenden Unternehmerklasse den politischen Aktionen der Gesamtarbeiterklasse, die sich unmittelbar gegen den Staat richten, niemals gleichgesetzt werden können, beide vielmehr ein sehr Verschiedenes sind.

Um was handelt es sich bei den ökonomischen Kämpfen der Arbeiter gegen das Kapital?

Um die Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen, um die Erreichung eines höheren Standard of life, um humane Behandlung in den Arbeitswerkstätten, Fabriken, Hütten und Gruben; um die Organisierung von Lohnkämpfen, wie die Organisierung der unmittelbaren Produzenten im Arbeitsprozeß, der Lohnarbeiter überhaupt.

Anders bei den politischen Aktionen der organisierten Arbeiterklasse. Die Sozialdemokratie als die politische Partei der Gesamtarbeiterklasse, hat es als solche mit der Kapitalistenklasse nur sehr mittelbar zu tun; ihre Aktionen richten sich an den Staat und dessen Institutionen: Gesetzgebung, Behörden usw., und streben besonders die Veränderung bestehender öffentlich-rechtlicher und sonstiger gesetzlicher Zustände auf gesetzlichem Wege an. Die Unternehmer und Unternehmerorganisationen stehen der politischen Sozialdemokratie nicht als solche, sondern als Parteien: Konservative, Liberale usw. gegenüber. Diese Parteien sind die politischen Formationen der Unternehmerklasse und die Parteibezeichnungen gewissermaßen bloß Aushängeschilder, um die Natur der verschiedenen ökonomischen Ausbeutergruppen, deren grundlegende wir mit dem Namen: mobiles und immobiles Kapital bezeichnen. Die Parteiprogramme dagegen sind Fixierungen, Ausdrücke der in den ökonomischen Unternehmerkategorien herrschenden politischen und sozialpolitischen Forderungen. So gelangen die wirtschaftlichen und politischen Wünsche der Ausbeuter jeder politischen Richtung zur Vertretung in der Gesetzgebung, wo nur Parteien einander gegenüberstehen. Die Regierungen, der Staat, der, wie schon Engels in seiner schönen Arbeit über die Familie, das Privateigentum und der Staat ausgeführt hat, mitten im Kampfe der Parteien um ihre Interessen entsprungen ist, und der staatsrechtlich zwar über den Parteien, tatsächlich aber in der Regel mitten unter den Parteien, im Zweifelsfall aber immer auf Seiten der herrschenden und ausbeutenden Klassen steht, repräsentiert aber zufolge seiner ausgebildeten selbständigen Organisation: Beamtentum und Heer, eine dritte selbständige Macht, mit welcher die sich bekämpfenden politischen Parteien zu rechnen haben. Denn diese dritte selbständige Macht, als die am stärksten ausgebildete, entscheidet schließlich in allen Kämpfen durch ihre Parteimahime. Von den streitenden Parteien angerufen, über alle gesetzt, den Staatswillen repräsentierend, muß sich aller politischen Kampf gegen sie, als organisierte Staatsmacht, wenden.

Die Sozialdemokratie, als politische Organisation der arbeitenden Klasse, führt überall, wo die politische Staatsform: konstitutionelle oder parlamentarische, dies gestattet, den Kampf gegen die organisierte Staatsmacht und damit mit derselben liierten politischen Parteien. So nehmen die ökonomischen Kämpfe zwischen Unternehmern und Arbeitern die Form politischer Kämpfe an.

Es handelt sich für den Lohnarbeiter aber nicht allein um Lohn- und Arbeitsforderungen, bessere soziale und sozialpolitische Gesetze. Er ist auch Politiker, mehr oder minder bewußt, denn er verlangt freie politische Bewegung, öffentlich-rechtliche Betätigung, Wahlrechte, Vereins- und Versammlungsrecht, Koalitionsrecht usw.,

die er nicht im unmittelbaren Kampfe mit dem Unternehmertum gewinnt, sondern die der Staat und die Gesetzgebung verleiht. Ähnlich liegt es auf dem Gebiet des Glaubens, der Kirche, da auch die kirchlichen Institutionen Staatsinstitutionen oder der selbstständigen Staatsmacht untergeordnet sind. Da aber, um mit Engels zu sprechen, alles, was Gesamtgeltung für alle erlangen soll, durch das Gehirn des Staates, die Gesetzgebung, hindurch muß, und der Staat sein Siegel auf die Gesetze drücken muß, so bleiben notwendig die rein politischen Kämpfe, die sich auf die Veränderung des Staatswillens beziehen, von den unmittelbaren ökonomischen Kämpfen getrennt. Es findet gewissermaßen Teilung der Arbeit statt. Beide große Gebiete verlangen von Seiten ihrer Verwaltungen eingehende detaillierte Arbeiten, Untersuchungen, Statistiken, finanzielle Verwaltung usw., so daß von selbst auch das Nebeneinander gegeben ist. Generalkommission und Parteivorstand arbeiten hiernach völlig den Verhältnissen entsprechend, für sich. Wir können uns auch nicht denken, wie das je anders werden könnte, ohne zu gegenseitigen Hemmungen zu führen. Wenn, wie die Vorschläge bejagten, der Parteivorstand durch Mitglieder der gewerkschaftlichen Zentralverbände ergänzt werden sollte, so liegt kein Grund vor, nicht auch umgekehrt Mitglieder des Parteivorstands in die gewerkschaftlichen Zentralisationen mit Sitz und Stimme zu entsenden. Bei der verschiedenen Natur beider Betätigungen versprechen wir uns keinen Erfolg von dergleichen Durchsetzungen, weder für die nächste Zukunft, noch überhaupt, einfach, weil das, was bereits besteht, nur weiter ausgebaut, vielleicht mehr konzentriert, in seinem Wesen dagegen nimmermehr verändert wird, so lange der Klassenstaat und die Klassenkämpfe bestehen werden. Politischer und gewerkschaftlicher Kampf bleiben eben zweierlei, aus den schon oben näher dargelegten Gründen.

Hiernach könnten die Verwaltungen und Leitungen beider Organisationen einander koordiniert (gleichgesetzt), nicht aber amalgamiert (miteinander vermischt oder durchsetzt) werden. Dabei müßte aber immer bei eigentlichen ökonomischen Kämpfen der Arbeiterorganisationen die gewerkschaftliche Zentralleitung die Hauptführung behalten, weil ihr die Details dieser Kämpfe, ihr Verlauf usw. besser bekannt sind, während die eigentlich politischen und parlamentarischen Kämpfe dem Parteivorstand von selbst die erste führende Rolle zuweisen, eben weil auch er die Details des Kampfes, die verschiedenen geschichtlichen Phasen, die politische Gesamtsituation — national wie international! — besser beherrscht und zu beurteilen vermag, als z. B. die Leiter der gewerkschaftlichen Zentralorganisationen.

Wir glauben, daß dies in die Augen springen müßte. Bei den mehrerwähnten Vorschlägen zur Vereinigung beider Verwaltungen scheint jedoch der einseitige Gedanke Pate gestanden zu haben, daß die politische Partei ohne die Gewerkschaften eigentlich nicht viel sei, daß erst die letzteren der Partei das Rückgrat geben, vermittels dessen die politischen Erfolge errungen werden können und, da ohnedies eine Anzahl leitender Gewerkschaftsmitglieder im Reichstage und in andern politischen Vertretungen sitzen, von selbst der Uebergang von gewerkschaftlicher zu politischer Tätigkeit gegeben sei.

Gewerkschaftsorganisationen und politische Partei bilden in der Tat die beiden großen Säulen, aus denen sich die Sozialdemokratie zusammensetzt, nur daß bei der politischen Partei die jeweilige politische Situation, die politischen Kämpfe anderer Fraktionen untereinander, die Stellung der Regierung zu gewissen Fragen, ihre betriebene gesamte Politik u. a. von größtem Einfluß auf das Heer der Mitläufer aus andern Lagern sind und ein nicht unbeträchtlicher Teil von Wahlstimmen bei jeder Wahl unsere Stimmenzahl vermehrt, die wir nicht alle auf die stärker gewordenen Berufsorganisationen der Arbeiter zurückführen können. Will man aber das „Rückgrat“ der politischen Bewegung, die Berufsorganisationen, dadurch besser bedenken, daß man die Verwaltungsleiter derselben in den politischen Parteivorstand hineinbringt, denselben also gewissermaßen ergänzt, so wäre zu fragen, was die Berufsorganisationen politisch ohne die Partei wären, ob man der Meinung ist, neben den eigentlichen Lohnkämpfen, sowie der Organisierung der gewerkschaftlichen Arbeiter, der Verwaltung der Interessen dieser Massen u. a. auch die parlamentarischen und politischen Kämpfe unter Umgehung einer politischen Sozialdemokratie führen zu können, so daß sich Gewerkschaften und Partei alsdann direkt deckten und höchstens Trennung der Ressorts innerhalb der großen, zentralen Verwaltung — eines politischen und eines rein gewerkschaftlichen — stattfände? Es sieht beinahe so aus.

Oben haben wir ausgeführt, daß das Wesen der gewerkschaftlichen, ökonomischen Kämpfe, wie andererseits der politischen Kämpfe, ein Verschiedenes ist. Die Zukunft der ökonomischen Kämpfe geht auf immer schärfere Auseinandersetzungen zwischen den Organisationen der Unternehmer und denen der Arbeiter hinaus, immer öfter wird die Staatsgewalt interdenieren müssen, sei es durch Polizei, sei es durch Militär, vermutlich durch beide. Da bleibt für die Leitungen der zentralisierten Organisationen so unendlich viel zu tun, daß diese dem politischen Kampfe nur bedingte Aufmerksamkeit zuwenden können. Hier müßte schon von selbst die Partei ihre besonderen Wege gehen. Soweit aber die parlamentarische Behandlung dieser Lohnkämpfe in Frage kommt, so erfolgt solche schon jetzt vorwiegend durch Genossen in der Reichstagsfraktion, welche den Berufsorganisationen angehören. Letzteres wird sich auch nicht ändern; schon gegenwärtig nehmen die Verhandlungen über sozialpolitische Fragen einen immer breiteren Raum in den Reichstagsverhandlungen ein. Dafür verschwinden gewisse parteipolitische Fragen mit dem Verschwinden der Fraktionen von selbst, z. B. der Antifemiten. Dagegen nehmen die großen politischen internationalen Fragen, insbesondere die außerdeutschen, kolonialpolitischen und Welthandelsfragen immer mehr zu. Hier können die speziellen Gewerkschaftsredner diese Arbeiten den Politikern in der Partei nicht abnehmen, d. h. die Teilung der Arbeit muß sich fortsetzen, und zwar je mehr auch die Haushaltsetats mit den Kosten der äußerlichen Politik belastet werden.

An eine Vereinheitlichung der Leitung und Verwaltung der politischen und gewerkschaftlichen Organisation durch eine einzige große Zentralleitung kann also im Ernste garnicht gedacht werden. Es gibt einen Grad der Zentralisation, wo die Dezentralisation oder Föderation geradezu Pflicht und Lebensinteresse wird. Das läßt sich aus der ökonomischen und politischen Geschichte durch zahlreiche Beispiele belegen. Ähnliches läßt sich hier sagen. Die jetzt nur gedachte ungeheure Zentralisation der Gewerkschaften und Partei ließe sich auf längere Dauer garnicht durchführen; der ungeheure Verwaltungsapparat müßte zu Störungen und Hemmnissen in den verschiedenen Ressorts führen, während doch kein geregelter Geschäftsbetrieb, wie bei einem Unternehmen, sondern der unregelmäßig betriebene politische und ökonomische Klassenkampf von Millionen Menschen mit ihren wechselnden lebendigen Interessen in Frage steht. Hier würde ein zu strenger Zentralismus, der nicht die homogenen, sondern vielfach die heterogenen Kräfte zusammenzufassen hätte, weit mehr schaden als nützen und die Aktionsfähigkeit der Massen auf den verschiedenen Kampfesfeldern beeinträchtigen.

Die Partei und die Gewerkschaften müssen weiterhin nebeneinander marschieren, vereint gehen, doch getrennt schlagen; dagegen sollen und müssen sie in steter engerer Fühlung miteinander bleiben, wie bisher. Bei neu auftauchenden Fragen, wie z. B. dem politischen Massenstreik, der sich nur durch die Zusammenfassung aller Kräfte beider Lager führen läßt, ist dieses einige Hand in Hand gehen der politischen und gewerkschaftlichen Bewegung ganz besondere Notwendigkeit. Die Höchstführung aber muß, dem politischen Zwecke entsprechend, bei der politischen Parteileitung verbleiben.

Prämierung der Tabakarbeiter in Wansen.

Die Süddeutsche Tabakzeitung schreibt in der Nr. 74: **Arbeitsjubiläum.** Ein Prämierungsfest von 93 Arbeitern, die ununterbrochen 5 Jahre dem Betriebe angehört, beging am Sonntag, den 3. Juni, die Wansener Fabrikalkale der bekannten Zigarrenfabrik J. Neumann-Berlin, die 110 Zweiggeschäfte in 80 deutschen Städten inne hat. Bei einem aus diesem Anlaß von der Firma veranstalteten Festakt wurde jedem der 93 Arbeiter ein Spartassenbuch mit entsprechender Einlage überreicht. Vor kurzem erst begingen 20 Arbeiter das Fest ihrer 25jährigen Tätigkeit bei der Firma und wurden durch Ueberreichung von Spartassenbüchern mit namhafter Einlage ausgezeichnet. Diese Jubiläen geben ein schönes Zeugnis des guten Einvernehmens, das zwischen der Firma und ihren Arbeitern herrscht und sind daher mit Freude zu begrüßen.

Den Arbeitern werden die fünfzehn Mark sehr zufließen kommen. Der Arbeiter kann sich dafür vielleicht etwas kaufen, was er in den fünf Jahren seiner Arbeitszeit nötig brauchte, aber infolge der „hohen“ Entlohnung sich nicht anschaffen konnte. 15 Mk. für 5 Jahre! Wie hoch fließt das aus den Worten. Nachdem die Arbeiter die ganzen Jahre lang Profite erzeugt haben, fühlt sich Herr J. Neumann verpflichtet, einen Teil der Lohnabzüge, welche in seinen Betrieben in den letzten fünf Jahren trotz der Lebensmittelpreuerhöhung vorgenommen wurden, in Gestalt einer Prämie wieder herauszuzahlen.

Die Arbeiter bedanken sich für eine derartige Arbeiterfreundlichkeit! Sie verlangen weiter nichts, als den rüchständigen Lohn und wissen auch, daß die vorgenommene Lohnabzüge in einem halben Jahr mehr ausmachen, als die ausbezahlten Prämien. So sieht die Arbeiterfreundlichkeit des bekannten Zigarrenfabrikanten S. Neumann-Berlin aus, welcher 110 Zweiggelächte in 80 deutschen Städten inne hat!

Diese Weltfirma besitzt den Ruf, in Schlesien und Westpreußen die allererbärmlichsten Löhne zu zahlen. Werden doch von der feinstreichen und natürlich auch patriotischen, auf des Vaterlandes Wohl bedachten Firma S. Neumann-Berlin Löhne bezahlt, für die die Bezeichnung Hungerlöhne noch als milder Ausdruck gilt. Tieftraurige Lohnverhältnisse herrschen in den Zigarettenfabriken Wansin und Graudenz. Löhne von 4 bis 5 Mk. pro Woche sind in Wansin aus; es verdienen da Familienväter bei einer Arbeitszeit von 11 Stunden innerhalb 8 Tagen 6 bis 8 Mk. Das soll aber — so unglaublich es klingen mag — noch nicht der niedrigste Wochenverdienst eines Familienvaters sein.

Damit aber die Firma S. Neumann in ihren Profitgülden nicht gestört werde, verfolgt sie diejenigen, die sich mit Hilfe der Organisation des Deutschen Tabakarbeiterverbands für Verbesserung der schmählichen Lohnverhältnisse aufwerfen. Das Angeführte möge genügen, um das gute Einbernehmen zwischen der Firma und ihren Arbeitern der Öffentlichkeit zu zeigen.

Nun, auch in Wansin geht die Organisation vorwärts. Durch angestrengteste Tätigkeit seitens der Kollegen und Kolleginnen von Schlesien und Posen wird es möglich sein, die Organisation mehr auszubauen und die Lebenslage der Kollegen und Kolleginnen zu heben. Die uns noch fernstehenden Kollegen zu gewinnen, muß Aufgabe der bestehenden Verwaltungsstellen sein. Unausgesetzt und unermüdetlich muß gewirkt, und alle Hindernisse, welcher Natur sie auch seien, müssen überwunden werden, um auch in Schlesien und Posen menschenwürdige Verhältnisse zu schaffen.

Max Clement.

Rundschau.

Der sozialdemokratische Parteitag wird am Sonntag, den 23. September in Mannheim eröffnet. Die Tagesordnung lautet:

1. Bericht des Parteivorstands.
 - a) Allgemeines. Berichterstatter: W. Pfannkuch.
 - b) Massenbericht. Berichterstatter: A. Gerisch.
2. Bericht der Kontrollkommission. Berichterstatter: A. Raden.
3. Bericht über die parlamentarische Tätigkeit der Reichstagsfraktion. Berichterstatter: G. Schöpflin.
4. Maifest. Berichterstatter: R. Fischer.
5. Massenstreik. Berichterstatter: A. Bebel.
6. Internationaler Kongress. Berichterstatter: P. Singer.
7. Sozialdemokratie und Volkserziehung. Berichterstatter: Schulz und R. Zetlin.
8. Strafrecht, Strafprozeß und Strafvollzug. Berichterstatter: G. Hofe.
9. Sonstige Anträge.
10. Wahl des Vorstands, der Kontrollkommission und des Ortes des nächsten Parteitags.

Reichstagsarbeiten für den Herbst. Es werden dem Reichstag bei seinem Zusammentritt im Herbst u. a. folgende Gesetze vorgelegt werden: Das Gesetz über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine, das Börsengesetz, ein Entwurf über die geplante Versicherung der Bauhandwerker; in Vorbereitung ist ein Viehseuchengesetz, eine Regelung des Gesetzes über Geheimmittel, ein Entwurf über Heimarbeiterschutz der Tabakarbeiter, eine Untersuchung der Seemannsfrage und ein Gesetz über den unlauteren Wettbewerb.

Eine Arbeiterhochschule. Der sozialdemokratische Parteivorstand geht ernstlich daran, eine höhere Arbeiterbildungsschule einzurichten. Maßgebend für die Anlage dieser sozialdemokratischen Hochschule sind die Grundsätze, die Genosse Heinrich Schulz vor einigen Wochen in der Neuen Zeit aufgestellt hat. Die Kosten trägt die Gesamtpartei, daher untersteht die Schule dem der Partei verantwortlichen Parteivorstand. Die Kosten werden beträchtlich sein; aber sie spielen bei dem Budget der deutschen Partei nicht die größte Rolle und überdies machen sie sich reichlich bezahlt, wenn man den Gewinn in Anschlag bringt, nämlich die Heranbildung von wissenschaftlich geschulten Kräften, die sich im Dienste der Arbeiterbewegung betätigen. Zu Schülern der Anstalt sollen vor allem diejenigen Genossen herangezogen werden, die von ihren Organisationen vorgeschlagen werden. Die Kosten des Aufenthalts in Berlin während eines Kurses, der ein Viertel- bis zu einem halben Jahr dauern soll, trägt die betreffende Organisation. So wird es möglich, nicht nur die bereits angestellten Parteibeamten, sondern auch beruflich tätige Arbeiter, jüngere Kräfte heranzuziehen, die gewiß mit Freuden die günstige Gelegenheit ergreifen werden, die ihnen die Parteiorganisation in ihrem eigenen Interesse und zugleich im Interesse der Partei zur Befestigung und Vertiefung ihres Wissens bietet. Als Unterrichtsgegenstände kommen in Betracht: Nationalökonomie, Theorie des Sozialismus und Geschichte, als obligatorische, sowie Literaturgeschichte, Naturwissenschaften, Redeführung, Rechtskunde, schriftlicher Gedankenaussdruck (Abfassen von Berichten, Flugblättern, Notizen) usw. als fakultative Unterrichtsgegenstände. Eine Reihe von Lehrern soll mit auskömmlichem Gehalt fest angestellt werden, so daß sie sich ganz ihrer Lehrtätigkeit mit der dazu gehörigen Weiterarbeit an sich selbst durch Studium im Hause und in Bibliotheken widmen können.

Ein Gemütskranke. In der Straßburger Freien Presse lesen wir folgendes:

Eine Mahnung für Tabakarbeiter. Wie rüchrichtsvoll die Herren Tabakindustriellen sind, zeigt uns folgender Vorfall. Am 25. Juni wurde ein Arbeiter der Gießhütten Tabakmanufaktur zu Grabe getragen. Der Betreffende arbeitete in der Fabrik 26 Jahre und seine Frau 27 Jahre. Infolgedessen hielt ein Teil seiner Mitarbeiter und Arbeiterinnen sich für verpflichtet, ihm die letzte Ehre zu erweisen, entgegen dem Willen des Herrn Direktors Sch., welcher meinte, er hätte keine Zeit und es brauche niemand mitzugehen. Als 11 der Arbeiter, welche am Begräbnis teilgenommen, am nächsten Tag zur Arbeit kamen, wurden sie entlassen. Die Betroffenen sind heute noch arbeitslos und können nun darüber nachdenken, welches Verbrechen sie begangen haben, als sie ihren Kollegen zur letzten Ruhe geleiteten. Arbeiter und Arbeiterinnen, ihr seht bei diesem Vorfall wieder, welches Ansehen ihr bei den Herren habt. So lange man aus euch recht

viel Verdienst herausziehen kann, ist alles recht, sobald ihr auch nur einmal gegen das Interesse des Unternehmertums verstößt, seid ihr den Fabrikanten nichts mehr, auch wenn ihr ihm ein halbes Vermögen erworben habt. Darum lernt eure Lage erkennen, tretet ein in den Tabakarbeiterverband und schafft euch durch die Organisation bessere Arbeitsverhältnisse, damit auch ihr etwas habt von dem erzeugten Wert. In nächster Zeit sind größere Entlassungen vorgezogen infolge der neuen Steuer-gesetze. Die Betroffenen werden dann erst recht empfinden, welchen Fehler die Arbeiterbewegung begeht, wenn sie nicht rechtzeitig dafür sorgt, daß sie angemessene Bezahlung erhält. Darum nochmals, tretet ein in den Tabakarbeiterverband, nur durch die Organisation könnt ihr eure Lage verbessern.

Die politische Neutralität der christlichen Gewerkschaften. Gegen die Behauptung, daß die christlichen Gewerkschaften nichts weiter seien, wie Anhängel und Hilfstruppen des Zentrums, wehren sich die Agitatoren und Propaganda dieser Organisationen immer mit großem Geschrei. Dieses Geschrei ist natürlich noch lange kein Gegenbeweis. Dagegen ist einem christlichen Gewerkschaftsorgan einmal das offene Gesicht an den Tag zu legen, wohin bei den Christlichen die Reise gehen soll.

In der christlichen Gewerkschaftspressen wird zurzeit eifrig dafür agitiert, daß sich die christlichen Arbeiter auch politischen Organisationen anschließen sollen. Es wird die Gründung von eigenen Arbeitervereinen gefordert, die die Wahl von Arbeiterkandidaten erstreben sollen. Recht vorichtig sagt das Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften, diese politische Betätigung solle „innerhalb der bürgerlichen Parteien“ erfolgen, man will also den Schein vermeiden, als ob man Propaganda für eine politische Zentrumsorganisation treiben wolle. Daß es aber tatsächlich darauf hinausgeht, darüber ist sich natürlich kein Mensch im Zweifel, der die schwarzen Pappenheimer kennt. Nun haben aber einige bayerische Zentrumsorgane aus Gründen, auf die man hier nicht weiter eingehen braucht, gegen den Plan besonderer politischer Organisation der christlichen Arbeiter Stellung genommen, und zwar zum Teil unter persönlichen Ausfällen gegen den ultramontanen bayerischen Landtagsabgeordneten Schirmer in München, der ebenfalls für die Schaffung von Arbeiterwahlvereinen Propaganda treibt. Schirmer polemisiert nun in der neuesten Nummer der von ihm herausgegebenen Sozialpolitischen Blätter ziemlich gereizt gegen die erwähnten Organe seiner Partei und bemerkt dabei, daß „es keine andere politische Organisation der christlichen Arbeiter gibt als die Arbeiterwahlvereine der Zentrumspartei“.

Damit ist also nachgewiesen, daß die christlichen Gewerkschaften eine systematische politische Propaganda zugunsten des Zentrums treiben. Deshalb bezeichnen sie sich auch als „politisch neutral“.

Die englischen Gewerkschaftskassen gesichert. Die Daily News mitzuteilen weiß, ist zwischen der Regierung und der Arbeiterpartei eine volle Verständigung bezüglich der Unantastbarkeit der Gewerkschaftskassen zustande gekommen. Der Gewerkschaftsbill soll auf Vorschlag des Justizministers folgendes Amendement beigefügt werden: „Ansprüche auf Schadenersatz gegen Trade-Unions oder gegen einzelne Mitglieder für Vertreter derselben oder gegen die Gesamtheit der Mitglieder wegen einer unrechtmäßigen Handlung, von der behauptet wird, daß sie im Namen, bzw. zugunsten der Gewerkschaft begangen wurde, soll bei keinem Gerichtshof anhängig gemacht werden können.“ — Damit wäre wohl jede Möglichkeit genommen, auf dem Wege des Zivilprozesses die Gewerkschaften mit ihren Kassen für irgendwelche angebliche oder wirkliche Schäden regresspflichtig zu machen.

Berichte.

Beienkamp. Am 11. Juli fand hier unter den organisierten Kollegen, die bisher der Zahlstelle Ginnbrock angehörten, eine Besprechung statt, um am hiesigen Orte selbst eine Zahlstelle zu gründen, welches denn auch mit einem guten Erfolg verlief. Es wurden in der Besprechung noch zahlreiche Mitglieder aufgenommen, so daß gleich eine Zahlstelle von zirka 50 Personen sich bildete. Es wurden folgende Personen zum Vorstand ernannt: 1. Bevollmächtigter Heinrich Wehler, 2. Bevollmächtigter Hermann Ellerfeld, 3. Bevollmächtigter Hermann Bölscher, Kontrolleure Heine, Haubrock, Heine, Althoff und August Büsing. Auch wurden gleich zwei Kartelldelegierte gewählt. Ferner legen wir unsern Kollegen dringend ans Herz, sich fleißiger Agitation zu bemühen, damit wir unsern harttherzigen und verbündeten Fabrikanten zeigen können, daß ihre Geldtaten bei uns große Erfolge gehabt haben.

Boston (Massachusetts). Ueber den Verlauf unseres Streiks habe ich zu berichten: Nach dreiwöchigem Ausstände haben die Arbeitgeber sämtliche Forderungen der Arbeiter bewilligt, so daß alle, 2086 Zigarrenmacher, wieder an ihrer Arbeit sind. Als Streikunterstützung wurden 6 Dollar pro Mitglied und Woche ausbezahlt. Was den Verlauf des Streiks anbelangt, so ist zu erklären, daß niemals zuvor ein Streik so ruhig und befriedigend abgelaufen ist, wie dieser; jedoch ist in Betracht zu ziehen, daß es den Fabrikanten unmöglich war, irgendwelche Streikbrecher aufzubringen, und das ist der Beweis, daß hier eine gut organisierte und zusammenwirkende Arbeiterbewegung vorhanden ist.

Bünde. Der Streik bei Steinmeißer u. Wellensiefel ist nun doch zur Tatsache geworden. Die Arbeiter haben noch einmal versucht, auf friedlichem Wege ihre Forderung durchzusetzen. Die Firma verlangt aber bedingungslose Zurückziehung der Kündigung, dann wolle sie aus freien Stücken die Löhne erhöhen. Diese Zumutung wurde abgelehnt. Der Lohn ist nun nicht am Sonntagabend ausgezahlt, sondern am Montag um 11 Uhr vormittags für alle Arbeiter. Einmütig sind dann am Sonntagabend etwa 70 Mann, Sortierer, Bekleber und Lagerarbeiter, in den Streik getreten. Der Verband und auch die Bekleberei ruht vollständig. Wie in Enger und Spenge, so muß auch dieser Streik der Tabakarbeiter in Bünde ein Musterstreik werden. Ruhe und Einigkeit muß unsere Gegner imponieren. Unsere Aufgabe ist es, auf gutlichem Wege bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erlangen, aber wo der Hochmut und der Herrenstandpunkt der Fabrikanten uns zum Kampfe zwingt, da wird er auch geführt werden unter der Devise: „Alle für einen und einer für alle!“ Zuzug von Sortierern und Beklebern nach Rahden, Enger und Bünde ist streng fernzuhalten. Alle Arbeiterblätter werden um Abdruck gebeten.

Bünde. Die Arbeiterfreundlichkeit der Tabakfabrikanten. Der Bündener Generalanzeiger berichtet: „Am Freitag fand in Oehnhäusen eine Versammlung der Arbeitgeber statt, in welcher die Maßnahmen gegen die Streikbewegung in der Tabakfabrik beraten wurden. Die Beschlüsse entziehen sich der Öffentlichkeit, doch ist zu berichten, daß eine volle Uebereinstimmung dahin-gehend erzielt wurde, daß am Streik beteiligte Arbeiter in den Betrieben der vereinigten Arbeitgeber keine Arbeit wieder finden werden.“

Wer erinnert sich nicht dessen, wie bei dem Kampfe gegen die drohende Belastung des Tabaks die Fabrikanten — und ihre konservativen, christlich-sozialen und liberalen Freunde tüteten

in dasselbe Horn — nicht genug von dem „guten Einbernehmen“ zwischen Arbeiter und Fabrikanten geredet werden konnte, nicht minder auch von dem „Wohlfstand“, in dem die Tabakarbeiter angeblich schwimmen sollten. Die Sozialdemokratie hat bei ihrem Kampfe gegen die Tabaksteuer stets darauf hingewiesen, daß weder den Fabrikanten, noch den arbeitereindlichen Parteien das Wohlergehen der Arbeiter ans Herz gemachen ist, sondern daß diese Herrschaften lediglich aus Eigennutz handeln. Wie recht die Sozialdemokratie hatte, zeigt sich jetzt bei dem Streik der Tabakarbeiter, ihre erbärmlichen Lohnverhältnisse etwas aufzubessern. Jahrzehntlang haben die Tabakarbeiter sich ohne Murren ausbeuten lassen, haben sie dazu beigetragen, daß die Fabrikanten Reichtum auf Reichtum anhäufen konnten, nun sie ein paar lumpige Pfennige Lohn mehr haben wollen, droht man den Arbeitern mit der Hungerpeitsche. Eine nette „Arbeiterfreundlichkeit“ das. Und die bürgerlichen Parteien? Entweder sie knieen feige aus oder sie stellen sich den Arbeitern direkt feindlich gegenüber. Und genau so steht es mit der bürgerlichen Presse. Für die Tabakarbeiter bleibt eben nichts anderes übrig, wenn sie sich ein besseres Los erringen wollen, als der Anschluß an den Deutschen Tabakarbeiterverband. Dadurch können auch Aus Hungerungsgefühle der Fabrikanten zuschanden gemacht werden.

Enger. Aus Anlaß des Streiks ist die Polizei immer noch stark in Anspruch genommen. Immer noch werden am Streik beteiligte Arbeiter polizeilich vernommen, um die Ursache des Streiks zu erforschen. Der Behörde ist dieser Streik ganz plötzlich gekommen. Ja, so geht es, wenn man den Arbeitern keine Versammlungsorte gönnt, dann muß die Behörde im dunkeln tappen und große Nachforschungen anstellen, während man im andern Falle das alles in der Versammlung hören könnte. Die Tabakarbeiter Westfalens haben ihre Organisation so ausgebaut, daß sie der Lokale nicht bedürfen. Die Organisation arbeitet prompt und scharf, und nur die Polizeibehörde hat den Schaden; sie weiß von nichts und kann bewegen, wie beim Ostermalischen Streik in Dreben, so angelogen werden. Es waren dort nämlich die Genossen Fritz Brinkmann aus Spenge und Schläter aus Bielefeld angezeigt worden, sie hätten in einer Versammlung bei Hofmeister in Güderkreuz die Leute durch Drohungen und mit Gewalt zum Streik gezwungen. Auch die Arbeitswilligen seien von ihnen bedroht worden. Der Zweck wurde erreicht, indem man eine Gendarmeriepatrouille nach Güderkreuz legte. Durch die polizeilichen Vernehmungen stellte sich dann heraus, daß sich Fritz Brinkmann überhaupt nicht an der Bewegung weder aktiv noch passiv beteiligt hat, ferner eine Versammlung bei Hofmeister niemals stattgefunden, ja Genosse Schläter noch niemals diese Wirtshaus betreten hat. Immerhin, der Zweck des Vangemachens war durch den Schwindel erreicht worden. Die Polizei wollen wir aber darauf hinweisen, daß das Streiken ein gesetzliches Recht der Arbeiter ist, was im § 152 der Gewerbeordnung nachgelesen werden kann.

Frankenberg i. S. (Bericht der am 9. Juli stattgefundenen Versammlung.) Verhandelt wurde wie folgt: 1. Abrechnung pro 2. Quartal, 2. Bericht des Kartelldelegierten; 3. Bericht von der Gaukonferenz Dresden und Verchiedenes. Zum 1. Punkt verlas der Kassierer die Abrechnung in allen ihren Details, welche eine Einnahme von 1524.81 Mk., eine Ausgabe von 1391.72 Mk. ergab. Mithin verbleibt ein Ueberschuß von 133.09 Mk. Kollege Horn als Revisor erklärte nach vorgenommener Prüfung diese Abrechnung für richtig befunden zu haben, sowie, daß der Barbetrag vorgelegen habe und beantragte, den Kassierer zu entlasten, was einstimmig geschah. Der Bericht des Kartelldelegierten, Kollegen Kahl, wurde mit Befriedigung entgegengenommen. Im dritten Punkt erstatteten die Kollegen Kaundorf und Fink die Bericht von der am 20. Mai stattgefundenen Gaukonferenz in Dresden, wozu sich die Versammlung mit allen Beschlüssen (außer der Gründung der Lokalorganisation) einverstanden erklärte. Mit Recht führte man aus, daß die Gründung dieser Lokalorganisation das Nachwort einer Clique sei, die die tiefste Mißachtung eines jeden ehrlich und logisch denkenden Kollegen wachrufen muß. Nachdem man sich noch weiter in diesem Sinne geäußert hatte, gelangte zu einstimmiger Annahme folgende Resolution: „Die heutige Mitgliederversammlung erklärt sich mit den Beschlüssen der Gaukonferenz einverstanden, verurteilt aber aufs schärfste die Gründung einer Lokalorganisation in Dresden, welche aus Anlaß der dortigen Vorkommnisse stattgefunden hat. Desgleichen ist die Versammlung mit dem Vorgehen des Hauptvorstands und Ausschusses einverstanden und hofft, daß bald geordnete Zustände in Dresden Platz greifen werden.“ Unter Verchiedenem wurde das Mitglied Schmidt-Merzdorf nach § 15, Absatz c des Statuts gestrichen. Der Vorsitzende monierte noch das Fehlen zweier Revisoren bei obiger Abrechnung, worauf Schluß der gutbesuchten Versammlung erfolgte.

Solzhausen bei Rhmont. In einer Lohnbewegung waren auch hier vor einiger Zeit die Tabakarbeiter eingetreten, die nun im großen und ganzen ihren Abschluß gefunden hat. Nachdem die hiesigen Tabakarbeiter sich zu Anfang dieses Jahres in größerer Anzahl dem Deutschen Tabakarbeiterverbande angeschlossen und durch die günstigen Berichte über Lohnbewegungen in allen Gegenden Deutschlands im Tabak-Arbeiter die Lage in der Tabakindustrie erkannt hatten, glaubten auch sie in Hinblick auf die hohen Preise für Lebensmittel, Miete, Landpacht usw. alle Ursache zu haben, bei den Arbeitgebern wegen einer Erhöhung des kümmerlichen Lohnes vorstellig zu werden. Den Antrag machten die Arbeiter der Firma Wellmer u. Bodhorn in Werben, die in unserm Orte drei Zigarettenfabriken besitzt. Da die Arbeiter dieser Firma schon mehrmals den Meistern ihre Klagen wegen des schlechten Materials unterbreitet hatten, eine Besserung aber nicht eintrat, so wandten sich dieselben an die Firma selbst. In diesem Schreiben wiesen sie auf das schlechte Material und die in letzter Zeit eingetretene Teuerung hin und baten, auf alle hier angefertigten Sorten Zigarren eine Lohnaufbesserung von 50 Pfg. pro Mille einzutreten zu lassen. Die Antwort ging dahin, daß die Arbeiter nicht recht gehandelt hätten, daß sie sich gleich an die Firma wandten und nicht erst an die Meister. Der von der Firma hier eingesetzte Meister könne beurteilen, ob die Forderung berechtigt sei, usw. Die herrschende Teuerung wurde gar nicht in Betracht gezogen. Jedenfalls sei es unbedeutend, auf alle Sorten Zigarren 50 Pfg. zu verlangen. Mit diesem Bescheid waren die Arbeiter aber nicht zufrieden und beschloßen, nochmals an die Firma heranzutreten und anzufragen, ob dieselbe eine Teuerung, welche die Forderung rechtfertige, anerkenne. Inzwischen kamen zwei von den Prinzipalen nach hier, und überreichte die Kommission denselben das Schreiben persönlich. Nach längeren Verhandlungen wurden auf eine Sorte 50 Pfg. und auf einige andre Sorten 25 Pfg. bewilligt. Da drei Fabriken hier am Orte sind, so hatten die Herren für jede Fabrik auf einen Zettel die Nummer der betreffenden Sorte Zigarren geschrieben, für welche etwas bewilligt worden war. Das mochte nun für denjenigen, der nur oberflächlich diese Zettel ansah, den Eindruck hervorgerufen, daß wunder wie viel bewilligt worden sei. Wenn man genau zusah, stellte es sich anders dar, denn auf dem einen Zettel standen fast dieselben Nummern wie auf dem andern. Es stellte sich dann heraus, daß ein großer Teil, wir glauben über die Hälfte der Arbeiter, von dieser winzigen Lohnaufbesserung noch nicht mal etwas verspürten. Man kann sich leicht denken, daß die Arbeiter hierüber erbittert waren, wenn man in Betracht zieht, daß ein guter Zigarrenmacher bei den hiesigen Verhältnissen selten mehr wie 1500 Zigarren in einer Woche herstellen kann. Diejenigen also, welche von der Lohnaufbesserung betroffen wurden, nur wenige Pfennige pro Tag mehr verdienten. Von der einen Sorte Zigarren, für welche 50 Pfg. pro Mille bewilligt wurden, kann ein Zigarrenmacher gar nur 1200 herstellen. Bei der ersten Lohnzahlung, bei der die winzige Lohnaufbesserung mit zur Auszahlung kommen sollte, erklärten fast die gesamten Arbeiter, dieses Geld nicht eher an-

zunehmen, als bis auf alle Sorten eine Lohnerhöhung eingetreten sei. Von diesem Entschluß ließen sich die Arbeiter auch nicht durch Androhung der Entlassung abbringen. Hierauf fand nochmals eine Unterhandlung mit den Meistern und der Kommission statt und wurden nun auf alle noch fehlenden Sorten ebenfalls 25 Pfg. bewilligt, womit sich die Arbeiter einverstanden erklärten. Bei den andern Firmen, welche durchschnittlich mehr bewilligten, ging die Sache schneller voran; bei einigen dauerte die ganze Lohnbewegung ungefähr eine Viertelstunde. Wir können der Firma Bellmer u. Bachhorn noch dankbar sein, denn durch ihre Hartnäckigkeit sind die hiesigen Tabakarbeiter erst recht zu der Erkenntnis gekommen, daß ohne eine kräftige Organisation der Arbeiter seine Lage nicht verbessern kann. Es bedarf wirklich keiner „Aufheberei“, wie unsere Gegner behaupten, um die Arbeiter zur Erkenntnis ihrer Lage zu bringen. So wurde auch der Süddeutschen Tabakarbeiter-Zeitung, dem Organ der Fabrikanten, geschrieben, auch in Holzhausen bei Byrnmont sei durch „Aufheberei“ eine Lohnerhöhung von 25 Pfg. pro Mille durchgeführt worden. Wir können dem betreffenden Artikelschreiber mitteilen, daß Lohnaufbesserungen von 25 Pfg. bis zu einer Mark frattgefunden haben, und daß unsere Zahlstelle gefestigt und geschlossener denn je da steht.

Langenbielau. Am 1. Juli unternahm der hiesige Vorstand eine Hausagitation unter Leitung des Gauleiters Max Clement; der Erfolg war ein guter, indem 14 Kollegen ihren Beitritt erklärten zum Deutschen Tabakarbeiterverband. Müchten doch nun auch die andern Tabakarbeiter hier am Orte einsehen lernen, wie nötig für jeden die Organisation ist. Sie ist nötig zum Schutze gegen die Reichsregierung, die immer wieder neue Steuerpläne gegen den Tabak auslätet, sie ist nötig gegen die Willkürlichkeiten der Fabrikanten.

Schwibus. Am 8. Juli fand im Lokale des Herrn Gustav Gondolatsch eine öffentliche Volksversammlung mit folgender Tagesordnung statt: 1. Die wirtschaftliche Lage der Tabakarbeiter; Referent Frau Kiesel-Berlin; 2. Der Streit bei der Firma Oskar Minke; Referent Kollege Max Kiesel-Berlin. Die Rednerin führte in 1 1/2 stündigem Vortrage den Anwesenden die Lage der Tabakarbeiter klar vor Augen. Der Vortrag wurde von den vielen anwesenden Frauen mit Beifall entgegengenommen. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung schilderte Kollege Max Kiesel das Verhalten des Herrn Oskar Minke, der die geringe Forderung von 50 Pfg. für Rollen und Wickelmachen pro Mille immer noch nicht zahlen will. Als am Sonntag ein Kollege von der Streikleitung vorstellig wurde, um mit Herrn Minke zu verhandeln, wurde er mit folgenden Worten abgewiesen: „Sie haben ja selber aufgehört, ich kann Sie deshalb vor einem Jahre nicht wieder einstellen.“ Wie uns mitgeteilt wurde, glaubt Herr Minke, der Hauptvorstand habe nur 4 Wochen den Streit bewilligt, und hat seinen Arbeitswilligen gegenüber behauptet, wenn sie (die Streikenden) keine Unterfertigung mehr bekommen, müssen sie sich selber wieder bei mir anstellen kommen. Darin wird sich aber genannter Herr gründlich täuschen. Die Streikenden sind fest entschlossen, den Kampf durchzuführen, da es sich auch um das Koalitionsrecht handelt. Von den Streikenden ist bis jetzt noch kein einziger abgefallen. Wenn sich keine Streikbrecher finden, so muß der Sieg unser sein. Auf den Standpunkt wie Herr Minke, hat sich auch Herr Mehger gestellt, indem er am Dienstag, den 10. Juli, seinen Arbeitern, außer einem, kündigte.

Seesen. Auch die hiesigen Tabakarbeiter sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Firma Steinhauer u. Tepelmann hat die Forderungen der Arbeiter bewilligt, die ihr durch eine Kommission vorgetragen wurden. Die Arbeiter der Firma Weislog u. Fischer Filiale (Sitz Hamburg) haben ihre Forderungen schriftlich eingereicht, wozu sich sämtliche Arbeiter unterschrieben haben. Die Firma Hahelbach u. Co., Filiale (Sitz Bremen) hat zwar auf drei Sorten je 50 Pfg. aufgelegt, was aber noch viel zu wenig ist; auch hier wollen die Arbeiter Lohnerhöhungen auf sämtliche Sorten fordern, da gerade bei dieser Firma bei schlechtem Geschäftsgange neue Sorten eingeführt wurden. Diese Fabrik war bis vor einem Jahre das Schmerzenskind der Seesener Tabakarbeiter; fast in jedem Jahre ging es drei bis fünf Monate schlecht; dann gab es Stückzahl und verführte Arbeitszeit. Familienväter, die schon über 10 Jahre im Geschäft arbeiteten, wurden mitten im Winter herausgeworfen. Auch die Organisation der Tabakarbeiter macht gute Fortschritte; 60 Prozent sind organisiert.

Spenge. Nach fast achtwöchiger Dauer ist nun der Streit der Tabakarbeiter und Arbeiterinnen der Firma Borns u. Fischer zugunsten der Arbeiter beendet. Die Arbeiter hatten auf jede Sorte Formarbeit 50 Pfg. und auf Handarbeit 1 Mark gefordert; bewilligt wurde auf jede Sorte 25 Pfg. und geschnittener Brasil. Streikbrecher waren nicht zu verzeichnen. Die Streikenden blieben einig, und noch in den letzten Tagen des Streiks erklärten sie, fest und treu im Kampfe zu bleiben. Alle Unterhandlungen durch das Vorstandsmittglied H. Tiedermann und den Gauleiter Schlüter-Vielefeld sowie durch die Kommission waren vergebens. Zwei Tage vor der Bewilligung versuchten drei Kommissionsmitglieder zum Ziele zu kommen, aber es wurde nichts erzielt. Bei dem Verlassen des Kontors erklärte die Kommission, wenn nicht bewilligt würde, würden alle Streikenden am Dienstag die Arbeit bei einer andern Firma annehmen. Am Montag hat nun die Firma durch einen Gilbrief die obgenannte Bewilligung an den Wermeister abgegeben. Kollegen und Kolleginnen! Dies ist der erste Kampf, der in Spenge geführt und zugunsten der Arbeiter beendet wurde. Haltet fest an Euerem Verband, agitiert für ihn, denn nur durch den Deutschen Tabakarbeiterverband könnt ihr eure Lage verbessern.

Briefkasten.
Sch., Vielefeld. Wir müssen aber dringend bitten, die Berichte, die schon viel früher in der Volkswacht erschienen sind, eher einzufenden. Gruß!

Vereinstell.

Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Tabakarbeiter Deutschlands.

Geschäftslokal: **Hamburg-Blumenhof**, Mozartstr. 5, I.
Auswahl: **D. Sidow**, Brandenburg a. S., Kurze Straße 8.
Schiedsgericht: **H. Jungbluth**, Hamburg, Anklamstr. 10.

Eingegangen: **Barmbeck** 250 Mk., **Hamburg** 150 Mk., **Hödenheim** 300 Mk., **Neulübeck** 400 Mk., **Reilingen** 200 Mk., **Kirchheim** 100 Mk. — **Sterbekasse:** **Lübeck** 65 Mk., **Klein-Steinheim** 25,96 Mk., **Altona** 150 Mk., **Hamburg** 180 Mk., **Bremen** 52,88 Mk.
Zuschüsse: **Hafstedt** 150 Mk. — **Krankengeld:** 8 Mk.
Hamburg, den 16. Juli 1906. **B. Otto.**

Deutscher Tabakarbeiter-Verband.

Karl Reichmann, Vorsitzender, **Bremen**, Marktstr. 18, II.
Für den Vorstand bestimmte Aufschriften sind an das **Bureau des Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes**, **Bremen**, **Marktstraße 18, II.**, zu adressieren.
Geld-, Einschreibe- u. Versendungen nur an W. Nieder-Welland, **Bremen**, **Marktstraße 18, II.**
Für den Ausschuss bestimmte Aufschriften sind an **Emil Gilken**, **Altona**, **Bl. Lagerstraße 11a, part.**, zu adressieren.

Bekanntmachung.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten um Einsendung des Buches, lautend auf **Max Pirke** aus **Bremen**. (152/06.)

Das Mitglied **Bernh. Wenglowitz** aus **Oppeln**, Buch Ser. I, 49170, eingetr. 26./5. 06, ist ohne sich abzumelden von **Zebedien** abgereist. Derselbe hat 1 Mk. Strafe zu zahlen. (170/06.)
Das Mitglied **Georg Kamalensky** aus **Criev**, Buch Ser. I, 4195, eingetr. am 1./9. 1901, ist ohne sich abzumelden von **Baußen** abgereist. Derselbe muß 1 Mk. Strafe zahlen. (193/06.)

Bremen. Der Vorstand.

Vom 11. bis 17. Juli 1906 sind folgende Gelber bei mir eingegangen:

| A. Verbandsbeiträge: | |
|---------------------------|--------|
| Nr. | Mk. |
| 5. Juli. Bratstedt | 120.— |
| 9. Borgstedt | 40.— |
| 9. Labenburg | 130.— |
| 9. Strehlen | 27.05 |
| 10. Seesen | 200.— |
| 10. Breslau | 300.— |
| 11. Kahla | 96.— |
| 11. Hastedt | 150.— |
| 11. Stötterig | 100.— |
| 11. Krosdorf | 186.86 |
| 11. Ronneburg | 200.— |
| 12. Burghausen | 150.— |
| 12. Lübeck | 269.53 |
| 12. Königshagen | 8.65 |
| 12. Schwesingen | 100.— |
| 13. Ottenfen | 600.— |
| 13. Magdeburg | 300.— |
| 13. Zweibrücken | 50.— |
| 14. Frankenstein in Schl. | 18.60 |
| 14. Seiffenmorsdorf | 200.— |
| 15. Guben | 150.— |

B. Freiwillige Beiträge:
16. Juli. **Bernburg, G. Hade** 3.—

C. Für Broschüren:
16. Juli. **Mühlberg i. G., E. Angermann** 60.—

D. Für Protokolle der Generalversammlung:
16. Juli. **Mühlberg i. G., E. Angermann** 70.—

Berichtigung: In Nr. 28 des Tabakarbeiter muß es unterm 7. d. M. bei Hartha heißen 250 Mk. statt 200 Mk.

Der Beschluß der Generalversammlung, die freiwilligen Gelber zwecks gleichmäßiger Verteilung an den Kassierer nach Bremen zu senden, sei hiermit den Kollegen in Erinnerung gebracht.
Etwasige Reklamationen wolle man innerhalb 14 Tagen bei dem Unterzeichneten einbringen.
Erluche die Herren Abnehmer, auf dem Coupon die Bemerkung zu machen, ob es Verbandsbeiträge oder freiwillige Beiträge sind.
Bremen, den 17. Juli 1906. **W. Nieder-Welland**, Kassierer, Marktstraße 18, II.

Vom Vorstande sind ernannt:

Für **Altshausen:** Eva Schwieheimer und Matthias Brückel-meyer als Kontrolleure.
Für **Ausbach:** Franz Köhler als 1. Bev.
Für **Beesenhampt** (Kreis Herford): Heinrich Wehler als 1. Bev., Hermann Ellerstedt als 2. Bev., H. Hölcher als 3. Bev., H. Haubrock, H. Althoff und Aug. Büsing als Kontrolleure.
Für **Bischsowenda:** Rich. Grubbe und Paul Hüftig als Kontrolleure.
Für **Emmendingen:** Felix Lange als 1. Bev.
Für **Emmerich:** Heinrich van Kolik als 1. Bev., Albrecht Dieberichs als 2. Bev., J. Georg Deubel als 3. Bev.; B. Derfs und Louis L. Moll als Kontrolleure.
Für **Erdmannsdorf:** Wilh. Wolf als 3. Bev.; Oswald Wieweg als Kontrolleur.
Für **Holsen** (Kreis Herford): Aug. Maichmann als 1. Bev., Wilh. Klei als 2. Bev., Wilh. Knollmann als 3. Bev.; Heinr. Dreckschmidt, Wilh. Oberschmidt und Heinr. Haubrock als Kontrolleure.
Für **Jangendree:** Georg Belsch als Kontrolleur.
Für **Mainz:** Friedr. Wetterauer als 3. Bev.
Für **Mühlberg a. Elbe:** Herm. Thiele als 3. Bev.; Franz Schuster als Kontrolleur.
Für **Hakenbüsch:** Herm. Rübiger als Kontrolleur.
Für **Cressfurt:** Heinr. Hellmann als 1. Bev., Alb. Böhm als 2. Bev., Chr. Stefan als 3. Bev.; Heinr. Esmer, Sigmund Avemann und Valentin Gräbenstein als Kontrolleure.

Berichtigung: Der 1. Bev. von Lunzenau heißt Paul Bachmann und nicht P. Lachmann, wie im Adressenverzeichnis steht. — Der 1. Bev. von Drantenbaum heißt Fritz Bachmann, Mittelstr. 22, statt Bachmann.

Provisorisch aufgenommen sind:

Anna Schürmeier aus Ennigloh, Emilie Duest aus Dünne, Anna Wiedenbröcker aus Süblengern, Anna Meyer aus Muccum, Wilh. Heppmann aus Dünne, Heinr. Wehmöner aus Siele, G. Wippermann aus Hunnebrock, August Goldstein aus Bünde, Johanne Buchholt aus Muccum, Marie Krömter aus Süblengern, Herm. Schröder aus Spradow, Luise Ellertje, Friederike Niemann aus Süblengern, Luise Möller aus Altenhüffen, Friedrich Buser, Christine Gerwing, J. Kleinebudde, Luise Maag, Klara Maag, Luise Steube, Marie Hartmann, Anna Becker aus Ennigloh, Marie Brinkmeyer aus Holsen, Frau Schaale aus Bieren, Luise Brandhorst aus Schwennsdorf, Heinr. Beneke aus Holsen, Christine Falke, Heinr. Klüter, Heinr. Becker, August Klüter aus Ennigloh, Marie Brandhorst, H. Frentrup, Luise Brinkmeyer aus Muccum, Emma Hellmann aus Westkülvor, Wilh. Hoffmann aus Tengern, Wilh. Hölcher aus Ennigloh, Heinr. Schmittler aus Spradow, Fritz Dufmann aus Dünne, Friederike Stiegelmeier aus Werfen, Friederike Müller aus Schipplade, Heinrich Meyer aus Dünne, Karoline Gerber aus Holsen, Johannes Gerber aus Hochheide, Johannes Winte aus Dsnabrück, Adolf Brand aus Gilshausen, Friedrich Nienhäuser, Aug. Kröger aus Ennigloh, Friedrich Blöbaum aus Klösterbauerschaft, Friedrich Klemme aus Ostfries, Luise Budt, Hermann Meier, Usabien Oberschmidt aus Ennigloh, Auguste Gärtner aus Hunnebrock, Anna Budt aus Ahle, Anna Wüllner aus Dünne, Luise Sundermeyer aus Süblengern, Marie Wüllner, Wilhelmine Diestelhorst, Alwine Diestelhorst aus Dünne, Karoline Große-Wortmann, Luise Trienemeyer, Bernh. Hartmann, Frau Utthoff, Herm. Klüter aus Ennigloh, Heinr. Rauling aus Rößinghausen, Wilh. Robbe, Heinr. Robbe aus Muccum, Anna Siefs aus Bieren, Aug. Brinkmann, Fritz Sundermeyer, Marie Wittmüller aus Spradow, Anna Kleintröger, Fritz Bohlmann, Johanne Kröger, Alwine und Luise Schuster, Frau Stoppel, Lina Henning, Johanne Gering, Lina und Emma Klüter aus Ennigloh, Karl Wiedenbröcker, Marie Klingenhagen, Johanne Raabe aus Bünde, Heinr. Teltbörster, Alwine Wiedenbröcker, Emma Tappe, Anna Tappe aus Buttstädt, Friederike Gehne, Auguste Wüllner aus Dünne, Wilh. Gehne, Emma Menke aus Süblengern, Anna Raabe aus Enger, Karoline Wiedenbröcker aus Rößinghausen, Emma Tappe aus Quernheim, Heinr. Tappe aus Besentamp, Herm. Wiedenbröcker aus Belke-Steinbel, Marie Klockenbrint aus Ostfries, Marie Traphöner aus Vielefeld, Marie Peters aus Derlinghausen. (25)
Elisabeth Ringel aus Kreisch. (179)
Fritz Ammbos aus Spandau. (441)
Peter Stioffschl aus Drloy (s. R.), Friedrich Meyer aus Neuentirchen. (3)
Willi Döbel aus Staffurt. (222)
Edmund Kachniewe aus Züllichau (s. R.). (46)

Bruno Hölmer aus Rochlitz. (221)
Karl Fründ, Heinrich Fründ, Friedrich Baumann, Wilhelm Rühle, Ernst Bahhaus, Friedrich Schewe, Johanne Kiehl, Minna Lampe und Marie Stellbrink aus Böhne, Heinrich Laake aus Niederbessen. (422)
Therese Rabsch aus Rudolfsstadt, Alfons Merlin, Franz von Rhein aus Arnstadt, Frau Anna Dunfer, August Jagemann. (214)
Paul Stiller aus Reichenberg (s. R.). (266)
B. Grüne aus Dannhausen, G. Lagershausen aus Herrhausen. (310)
Franziska Busann geb. Basler, Emma Steiner aus Offenburg, Rosa Oberle geb. Wischke aus Weier, Theob. Heisch aus Zell-Weierbach. (256)
Wilh. Schröder aus Duderstadt (s. R.). (190)
Theodor Hoffmann aus Nordenau. (203)
Joh. Grostenberger aus Wien (s. R.). (210)
Joh. Krndt aus Achim. (3)
Herm. Meißner aus Steinwehr, Wilh. Merlitz, Aug. Rabnte, Karl Werner, Anna Stegemann, Hedwig Letting, Willi Borth, Marie Berkowsky, Otto Müller aus Schwedt. (335)
Gustav Müller aus Medewitz. (37)
Katharina Fejer, Elise Daberap aus Labenburg. (200)
Joseph Zimmermann, Karl Hahn, Gottfried Siefert, Luise Hahn aus Gangesbach, Luise Kasper, Theresia Göppert, Georg Müller aus Bergaupten, Rosa Kluge geb. Benz-Bellersweier (429), Anna Ripelt aus Bellmannsdorf. (184)
Alfred Kühnert, Martha Waller, Selma Michalke geb. Hermann aus Neumarck. (231)
Bernhard van Deursen aus Tilburg (Holland). (5)
Aug. Hartmann und Friedr. Hartmann aus Eschenborn, Joseph Dierdorf aus Neuendorf. (449)
Frieda Modrom, Martha Stahlbock aus Zeitz. (379)
Max Klebig aus Potsdam. (166)
Heinr. Brinmann, Anna Möller, Auguste Bartelheimer, Alwine Möller, Friederike Budt, Johanne Kleinemeier, Pauline Hörstemeier, Emma Kaufmann, Anna Böckstiegel und Anna Klüter aus Ennigloh, Anna Hörstemeier aus Börninghausen, Gustav Bohrenkemper und Emma Ranfiet aus Holsen, Friederike Oberhaus aus Muccum, Anna Möller aus Schwennigsdorf, Anna Diekmann aus Werfen, Marie Kraft aus Holsen, Auguste Blusch aus Muccum, Rudolf Sumbemann aus Bantnup (Stippe), Fritz Paul aus Böfingfeld, Aug. Kl.-Döpke, Anna Timmerhaus, Auguste Ortmann, Anna Brakmann, Wilhelm Oberschmidt und Marie Ortmann aus Holsen, Lina Baute und Minna Baute aus Ennigloh. (25)
Marie Börngen aus Altenburg. (1)

Etwasige Einwendungen gegen die provisorisch Aufgenommenen wolle man innerhalb 14 Tagen nach erfolgter Bekanntmachung bei dem Unterzeichneten einbringen.
Bremen. **Der Vorstand.**

Arbeitslosenunterstützung wird ausgezahlt:
In **Oberhausen** (Mhl.): Bei Jakob Reersen, Molltestr. 181

Krankenunterstützung wird ausgezahlt:
In **Oberhausen** (Mhl.): Bei Jakob Reersen, Molltestr. 181
— Alle Zuschriften sind daselbst hinzurichten.

Adressenänderung:

Für **Ahlen** in Westf.: Der 1. Bev. Franz Füllmer wohnt Lütkeweg 63.
Für **Ausbach:** Der 1. Bev. Franz Köhler wohnt Urfeldstraße 19.
Für **Emmendingen:** Der 1. Bev. Felix Lange wohnt Mündinger Str. 25.
Für **Emmerich:** Der 1. Bev. Heinrich van Kolik wohnt Martinikirchgang 797, II.
Für **Frankfurt a. M.:** Der 1. Bev. Leo Jubelski bei Förster wohnt Wallstr. 14, II. r. — Alle Zuschriften an die Zahlstelle sind dorthin zu richten.
Für **Mittweida:** Max Fichtner wohnt Stadtgraben 5.
Für **Potsdam:** Der 1. Bev. Willy Kiesel wohnt Neuenborf bei Potsdam, Kleiststr. 3.
Für **Ronneburg:** Der 1. Bev. Hermann Pakenborf wohnt Kleine Kirchgasse 2. Der 2. Bev. Julius Klimpe wohnt Baderbeichmann 1b. — Reiseunterstützung daselbst an Wochentagen von 12—1 Uhr mittags und 7—8 Uhr abends. An Sonn- und Feiertagen von 12—2 Uhr mittags.
Für **Schwenditz:** Der Vertrauensmann Leo Kaszuba wohnt Oststr. 3, H. I.
Für **Cressfurt:** Der 1. Bev. Heinrich Hellmann wohnt Bergstr. 5.

Mitgliederversammlungen.

(Mitglieder, besucht Euerer Versammlungen zahlreich!)
In **Neuhaus:** Sonnabend, den 21. Juli, abends 9 Uhr, im Knoblauchens Lokale. Tagesordnung: 1. Abrechnung. 2. Verschiedenes. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In **Geldern:** Sonntag, den 22. Juli, vorm. 11 Uhr, im Lokale des Herrn B. S. Tenhaven. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom II. Quartal 1906. 2. Beschlusfassung über einen eingereichten Antrag des Kollegen Brokmann. 3. Verschiedenes. — Die Kollegen werden hiermit ersucht, zahlreich und pünktlich zu erscheinen. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In **Liegnitz:** Montag, den 23. Juli, abends Punkt 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In **Waldheim:** Montag, den 23. Juli, abends 8 Uhr, im Schwelgeral. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom II. Quartal. 2. Wahl des Ortes, welcher den Gauleiter zu wählen hat. 3. Verschiedenes. — Pünktliches und zahlreiches Erscheinen ist dringend erwünscht und sicut bestimmt entgegen. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In **Halberstadt:** Montag, den 23. Juli, Versammlung. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom II. Quartal 1906. 2. Bericht des Kartelldelegierten. 3. Verschiedenes. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In **Bernburg:** Sonnabend, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, im Thüringer Hof, Schulstr. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom II. Quartal. 2. Kartellbericht. 3. Die Bedeutung des Arbeiterssekretariats, Referent: Genosse Otto Bieler. 4. Verschiedenes. — Die Mitglieder von Bernburg, Nienburg und Aschersleben werden ersucht, pünktlich und zahlreich zu erscheinen. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In **Niederfalsbrunn:** Sonnabend, den 28. Juli, abends 8 Uhr, in der Brauerei zu Niederfalsbrunn Abrechnung. — Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder wird ersucht. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In **Schwenditz:** Sonnabend, den 28. Juli, abends 8 Uhr, im Feltgarten. Die Tagesordnung wird in der Versammlung bekannt gegeben. — Pünktliches und zahlreiches Erscheinen erwartet. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In **Spence:** Sonnabend, den 28. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Extra-Mitgliederversammlung bei Gastwirt Stippelmann, Welter-Enger. Tagesordnung: Vortrag des Gauleiter Schlüter aus Vielefeld. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In **Altena** in Westf.: Sonntag, den 29. Juli, nachmittags 4 Uhr, im Lokale der Witwe W. H. Neuhaus (Zur Stadt Fierlohn). Tagesordnung: 1. Wahl zweier Kontrolleure. 2. Abrechnung vom II. Quartal. 3. Verschiedenes. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**
In **Buradum:** Sonntag, den 29. Juli, abends 6 Uhr, im Lokale des Herrn Eichhoff in Ritterhude. Tagesordnung: 1. Abrechnung vom II. Quartal. 2. Verschiedenes. **J. A.: Der Bevollmächtigte.**

Genossenschaft und Gewerkschaft.

Dem dritten ordentlichen Genossenschaftstag des Zentralverbandes deutschen Konsumvereine (abgehalten vom 20. bis 24. Juni in Stettin) lag eine reichhaltige Tagesordnung zur Beratung und Beschlussfassung vor.

Durch den Antrag Klaasen, welcher auf der Leipziger Generalversammlung Annahme fand, wurde unserer Gewerkschaft Gelegenheit gegeben, einen offiziellen Vertreter nach Stettin zu entsenden. Bei verschiedenen andern Gewerkschaften, so die Acker-, Handels- und Transportarbeiter usw., ist schon eine frühere Vertretung vorhanden gewesen.

Die Zusammensetzung des Genossenschaftstags ergibt ein interessantes internationales Bild. Vertreter fast aller Kulturländer waren als Gäste erschienen.

In den Begrüßungsansprachen der letzteren trat merklich hervor, daß verschiedene Länder, wie Belgien, die Schweiz, Dänemark u. s. f. das grundsätzliche Zusammenarbeiten und die Unterstützung der Gewerkschaften und Arbeiterpartei betonen.

Hier wehte ein internationaler und brüderlicher Geist, der eine gewaltige Bewegung darstellte. Von dem Umfange der genossenschaftlichen Entwicklung in Deutschland gibt uns ein Auszug aus dem gedruckten Bericht ein anschauliches Bild.

Der Zentralverband deutscher Konsumvereine faßte 1902 in sich 585 Vereine, 1903: 685 Vereine, 1904: 760 und 1905: 855 Vereine. Zur Statistik berichteten 1902: 503 Vereine mit 480 916 Mitgliedern, 1903: 639 Vereine mit 649 588 Mitgliedern und 1905: 808 Vereine mit 719 239 Mitgliedern. Die Zahl der Konsumvereine in Deutschland überhaupt betrug am 1. Januar 1905 rund 2000 mit rund 1 100 000 Mitgliedern. Die im Zentralverband organisierten Vereine dürften somit heute den größeren und kräftigeren Teil der deutschen Konsumgenossenschaftsbewegung umfassen.

Der Umsatz der 808 Vereine, die über ihre Geschäftsergebnisse usw. an den Vorstand des Zentralverbandes berichtet haben, erreichte 1905 die respektable Höhe von 230 656 440 Mk., während er im Vorjahre 202 646 189 Mk. betrug. Er stieg in dem einen Jahre also um 28 010 251 Mark oder 14 Prozent. Zum Vergleiche mögen hier die entsprechenden Zahlen des Dr. Criegerschen Allgemeinen Verbandes ebenfalls gegeben sein. Dem Allgemeinen Verbande gehörten 1904: 272 Konsumvereine an, von denen 251 mit 248 004 Mitgliedern über einen Umsatz von 50 715 547 Mk. berichteten. Im Jahre 1905 stieg die Zahl der Vereine auf 273, von denen 252 mit 255 916 Mitgliedern über 51 561 495 Mk. Umsatz berichteten. Der Umsatz hatte also eine Steigerung von 2 Prozent erfahren. Völlig günstig, teils beträchtlich günstiger, fällt auch im übrigen ein Vergleich zwischen den beiden Verbänden, dem alten und Allgemeinen Verbande und dem aufwärtstrebenden jungen Zentralverbande, aus. Die im letzteren organisierte moderne und konsequente deutsche Konsumgenossenschaftsbewegung ist bestrebt, für den organisierten Konsum nun auch nach Möglichkeit selbst zu produzieren. Und auf diesem Gebiete hat das verfloßene Jahr ebenfalls sehr erfreuliche Fortschritte gebracht. Es wurden 1905 in eigener Produktion für 20 911 598 Mk. Waren hergestellt, gegen 17 092 086 Mk. im Jahre 1904. Das bedeutet eine Zunahme von 22 Prozent. Die berichtenden Vereine des alten Verbandes haben nur für 5 010 417 Mk. Waren selbst produziert.

Auch sonst lassen sich die Fortschritte der Bewegung deutlich erkennen. Das mobile und immobile Vermögen der Verbandsvereine ist beträchtlich gestiegen.

Die Summe der Geschäftsanteile stieg von 1904 bis 1905 um 1 411 828 Mk., das sind 10 Prozent, während die Zahl der Mitglieder um 11 Prozent, der Umsatz um 14 Prozent stieg.

Einen sehr zu begrüßenden Fortschritt zeitigte der Genossenschaftstag in der Annahme des vorgelegten Tarifs: „Vereinbarung eines Lohn- und Arbeitstarifs mit dem Verband der Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiter und Arbeiterinnen.“ Ferner die Einsetzung eines Tarifamts. Daß die Ausarbeitung des Tarifs keine leichte Arbeit gewesen ist, geht schon daraus hervor, weil die vielen örtlichen Verhältnisse in Deutschland und dergleichen berücksichtigt werden mußten. Es ist gelungen, etwas Ganzes zu schaffen, was natürlich im Laufe der Zeit Veränderungen und Umgestaltungen unterworfen sein wird. Die Grundlage wurde denn auch von dem Vertreter des Handels- und Transportarbeiterverbandes gutgeheißen, und der notwendige Hinweis gegeben, daß nimmere auch alle Vereine die Pflicht haben, für die Verwirklichung des Tarifs und seiner Bestimmungen einzutreten. Und das ist ja freilich die Hauptaufgabe. Wenn, wie von Hamburg und einigen andern Städten hervorgehoben wurde, heute schon einige Arbeiter über den Tarif bezahlt werden, so ist das ja zu begrüßen und muß dahin gestrebt werden, den Tarif nach dieser Richtung hin auszubauen. Für die Mehrzahl der Beteiligten ist jedenfalls hier eine einheitliche Aufbesserung gegeben. Das Tarifamt hat über entstehende Differenzen zu entscheiden.

Ein gleichfalls wichtiger Beschluß ist im Beitritt des Zentralverbandes zum internationalen Bund zu sehen.

Von seiten unserer Gewerkschaft wurde, soweit es im Rahmen der Verhandlungen möglich war, darauf hingewiesen, daß es notwendig sei, die Bestrebungen des Deutschen Tabakarbeiterverbandes zu unterstützen. Die Waren der Fabrikanten, welche Heimarbeit züchten, müssen von den Konsumvereinen zurückgewiesen werden. Auch sei ein größeres Entgegenkommen bei Anfragen über die Absatzgebiete der Unternehmer gegenüber der Gewerkschaft von den Vereinen erforderlich. Dazu ist allerdings auch notwendig, daß unsere Verbandskollegen überall da, wo ihnen die Möglichkeit geboten ist, sich den Konsumgenossenschaften anschließen. Um so größer und wirksamer wird dann der Einfluß und die notwendige Kontrolle sein.

Der Vertreter der Generalkommission der Gewerkschaften verbreitete sich in längeren Ausführungen über

Punkt 3, 4 und 5 der Resolution des Kölner Gewerkschaftskongresses, betreffend den Ausschluß von in Strafanstalten zu Hungerlöhnen und unter tarifwidrigen Bedingungen, sowie in Heimarbeit hergestellten Produkten aus dem Warenbezug der Konsumvereine auszuschalten. Ferner die Anerkennung der gewerkschaftlichen Lohn- und Arbeitsbedingungen bei Vergebung von Aufträgen, Arbeiten und Lieferungen. Die Berücksichtigung anerkannter Boykotts und die Förderung der zur Wahrung der gewerkschaftlichen Interessen gegründeten Produktivgenossenschaften. Der Vertreter der Generalkommission betonte, daß bis zum nächsten Genossenschaftstag zwischen der Generalkommission und den zumeist interessierten Verbänden eine Vorberatung stattfinden soll, wo an ein diesbezügliches Zusammenarbeiten mit bestimmten Anträgen an die Genossenschaften heranzutreten sei. Dieser Weg ist der beste, denn, obwohl von genossenschaftlicher Seite betont wurde, daß die Vereine längst proletarisch durchsetzt seien und die organisierte Arbeiterkraft als Mitglieder überwiegt, so gibt das Verhalten vieler Vereine doch noch zu vielen Wünschen Anlaß. Es gibt zu viele Mittel und Wege, wo die Genossenschaften imstande sind, ohne sich etwas zu vergeben, die Gewerkschaften in ihren wirtschaftlichen Kämpfen zu stützen. Wenn es nicht immer geschieht, so hat zum Teil wohl die hier und dort noch herrschende übertriebene Dividendsucht, andererseits aber auch eine gewisse Rückständigkeit in der Auffassung und Beurteilung der gewerkschaftlichen Forderungen mit schuld. So darf es nicht weiter gehen; an den aufgeklärten Mitgliedern liegt es, die treibende Kraft zu bilden.

Ein Teil der Vereine und deren Vertreter waren noch immer den Forderungen der Gewerkschaften gegenüber unnahbar. Wenn, wie ein Führer der modernen Genossenschaftsbewegung hervorgehoben, die Vereine heute ein großes Stück der Öffentlichkeit darstellen, so kann der Einfluß auf die Löhnung der von ihnen bezogenen Waren bei einigermaßen gutem Willen sehr wirksam sein. Und deren Einfluß ist ein sehr großer. Sind doch die Vereine die besten und sichersten Zahler für die Unternehmer.

Dazu kommt, wie sehr richtig auf diesem Genossenschaftstag betont wurde, daß das ganze wirtschaftliche Leben heute von Klasseninteressen durchflutet wird. Es gibt eben in der heutigen Gesellschaftsordnung nur ein für oder wider die Ausbeutung. Wenn aber die Genossenschaften wider die kapitalistische Wirtschaftsordnung sind, also als Kulturfaktoren die Ausbeutung bekämpfen wollen, dann werden sie notgedrungen sich allen andern zur Segung des Volkes vorhandenen Faktoren anzupassen haben. In diesem Sinne ist die Genossenschaft durchaus nicht der Friede, sondern Kampf. Kampf gegen die Entrechtung und Bedrückung des Volkes, gegen die Lohndrückerei und Sklaverei. Was wir für unsern Beruf fordern, das ist die Mithilfe in diesem Kampfe gegen die unter den schlimmsten Lohn- und Arbeitsbedingungen hergestellten Fabrikate unserer Industrie. Daß den Konsumgenossenschaften überall diese Notwendigkeit vor Augen geführt wird, dafür haben wir, die Mitglieder des Verbandes, zu sorgen.

An den Genossenschaften liegt es, ihre Aufgaben voll zu erfassen und uns die Unterstützung nicht zu versagen. Genossenschaft und Gewerkschaft müssen in steter Fühlung sein, dann wird sich manches bessern lassen. Denn wo ein Wille ist, da ist auch ein Weg.

H. E.

Ein Schlag ins Wasser.

Unser Artikel in Nr. 24 des Tabakarbeiter unter der Ueberschrift: „Ein Schlag ins Wasser“, hat den Niederrheinischen Volksboten arg in Garnisch gebracht, was uns allerdings nicht sehr wundern kann, da er bisher, wie der Geistliche auf der Kanzel, unter Ausschluß jeder Opposition sagen konnte, was er wollte. Besonders aufgebracht hat es ihn, daß wir seine, wie er es nannte, milde Kritik lendenlahm und Geschreibsel nannten. Es lohnt sich wohl der Mühe, einige seiner Sätze, von denen jeder eine Verdrehung der Tatsachen ist, hier wiederzugeben. Er schreibt:

Wir hätten es respektiert, wenn er mit Beiseitlassung aller überflüssigen Bemerkungen einfach der Wahrheit die Ehre gegeben und eingestanden hätte, daß er die Unwahrheit gesagt hat. Die Wahrheit mußte er bekennen, sonst hätten wir ihn dafür gebrandmarkt. Nun tut er das aber mit derartiger innerer Anrührung, daß er seine Verachtung und seinen Hohn nicht mehr in seinem Busen verbergen kann. Er nennt unsere sachliche und allerdings milde und mäßige Kritik ein „Geschreibsel“ und „lendenlahm“. Ja, er bezweifelt, ob unser Artikel überhaupt eine Kritik sei. Was der Tabakarbeiter sich wohl unter Kritik vorstellen mag? Wir wollen ihm verraten, daß Kritik in schlechtem Deutsch Beurteilung bedeutet. Diese Beurteilung der Äußerungen des Gegners kann eine wohlmeinende sein, kann aber auch gehässig und verächtlich gehalten werden, je nach der geistigen Verfassung des Schreibers. Der Tabakarbeiter meint aber, nur die letztere Art sei Kritik. Daher versteht er sich sogar soweit, unsern Artikel mehr für eine „Abbitte“ zu halten. Man lese und staune! Aber man weiß nicht, was man mehr anstaunen soll, die Begriffsverwirrung oder die Unberücksichtigung beim Tabakarbeiter. Dem Tabakarbeiter fällt es ein, in seiner Nr. 20 einen Teil seiner Mitmenschen in frivoler Weise zu verächtlichen, als suchten sie andre Brotlos, oder sogar wohnungslos zu machen, stellt nach Art der Waschweiber irgend ein vernommenes Geschwätz kritikal als Tatsache hin, und wenn dann nachher die Angegriffenen in ruhiger Weise die Anwürfe zurückweisen, dann ist der Herr Tabakarbeiter so wenig von der unredlichen Art seiner Handlungsweise überzeugt, daß er in seinem Dünkel sogar meint, die Angegriffenen kämen sich bei ihm noch entschuldigen. Wenn der Tabakarbeiter überhaupt von Abbitte reden wollte, dann hätte er sie mindestens selbst leisten müssen. Da haben wir wieder eine Probe von sozialdemokratischer Art mit den Mitmenschen umzugehen. Wenn es den Herrn Sozialdemokraten einfällt, ihre Mitbürger grundlos herunterzureißen, dann haben die sich das entweder stillschweigend gefallen zu lassen, oder die Verteidigung hat höchstens in dem bekannten „Sauerbenton“ zu geschehen, ein anständiger Ton ist nicht erlaubt. Eine liebliche Perspektive auf das Leben und den Unterhaltungston im Zukunftsstaat!

Wie weit die Begriffsverwirrung des edlen Zentrumsblattes geht, beweist die Tatsache, daß es sich hier für den angegriffenen Teil hält, der sich nur in der Abwehr befindet. Und wie war es nun in Wirklichkeit? In seiner

Nummer vom 3. Mai versucht es, einen Mann, der weiter nichts getan hat, als sich mit einigen Gefinnungsgenossen in einer Wirtshaus über gewerkschaftliche Angelegenheiten zu besprechen, öffentlich durch einen Artikel an den Pranger zu stellen. Ob es Absicht war oder nicht, das brauchen wir weiter gar nicht zu untersuchen. Die Tatsache steht fest, daß es geschehen ist, und daß wir mit Recht diesen Artikel dahin deuten konnten, er beabsichtige, den Betroffenen brotlos zu machen. Die denunziatorische Wirkung jenes Artikels des Zentrumsblattchens vom 3. Mai war, daß an einem der darauf folgenden Sonntage, an dem zufällig der Gaulleiter Klein aus Köln wieder in Rees war, um mit Herrn S. etwas zu besprechen, beide tatsächlich nur unter Polizeiaufsicht sich hier bewegen konnten, auf Schritt und Tritt von einem Polizeibeamten verfolgt wurden, was die beiden übrigens gar nicht genierte.

Nachdem wir dann gegen diesen Artikel des Niederrheinischen Volksboten eine Abwehr schrieben und seinen Artikel in das rechte Licht setzten, will nun das Zentrumsblatt der Angegriffene und unschuldig Verkante sein. Eine solche Heuchelei und Verdrehung der Tatsachen richtet sich selbst. Nicht mit innerem Knirschen, sondern mit lachendem Munde hatten wir von der darauf folgenden Erwiderung des Niederrheinischen Volksboten Notiz genommen. Zu widerrufen oder zu berichtigen hatten wir nichts und konnten daher ganz heiter seine Entschuldigungen wiederholen, die aber an den Tatsachen nichts ändern, auf die es hier ankommt, nämlich: daß erstens der Wirt Schepers in Speldrop nicht freiwillig, sondern auf Veranlassung Dritter — wobei es ganz egal ist, ob das ein Kaplan war oder ein anderer „Bruder in Christo“ — die Erklärung abgab, den Herren S. und Genossen nicht mehr sein Lokal zu öffnen, und daß zweitens der erste Artikel des Niederrheinischen Volksboten nicht anders war, als eine öffentliche Denunziation, die niedriger zu hängen wir alle Veranlassung hatten. Damit halten wir unserseits die Polemik mit dem Niederrheinischen Volksboten in diesem Falle für beendet, und wir wollen ihn vorläufig wieder seinem Schicksal überlassen, so ziemlich unter Ausschluß der Öffentlichkeit sein Licht weiter leuchten zu lassen. Wir wollen ihm zum Schluß nur noch das Versprechen geben, daß wir selbstverständlich wieder zur Stelle sind, wenn er in seiner frömmelnden Ehrbarkeit uns wieder Veranlassung geben sollte, ihn auf die Finger klopfen zu müssen.

Und nun müssen wir uns noch einen Augenblick mit dem Organ der christlichen Tabakarbeiter, der Deutschen Tabakarbeiterzeitung, beschäftigen. Es ist uns freilich nicht leicht, denn es ist gerade kein Vergnügen, sich mit Leuten, die aus Mangel an geistigen Waffen zu persönlichen Gehässigkeiten greifen, herumzuschlagen. In unserm letzten Artikel in dieser Sache konnten wir schon feststellen, daß die erste Anrempelung des christlichen Organs im wesentlichen persönliches Gezänk gegen Herrn S. ist. Es wird diesem vorgeworfen, er hätte einen Artikel gezeichnet, den er nicht geschrieben hätte. In Wirklichkeit verhält es sich so, daß Herr S. mit vollem Recht den Artikel zeichnen konnte, also war das christliche Organ nicht ganz recht berichtet. Dasselbe passiert dem Blatt in seiner Polemik gegen unsern zweiten Artikel wieder, wo es behauptet, der Verfasser der Artikel in diesem Blatte habe nach eigener Aussage ja nur an dem ersten Artikel geholfen und die „böse Redaktion“ in Leipzig habe denselben so scharf zugepökt. Nicht im Traum ist es dem Verfasser eingefallen, etwas Derartiges zu behaupten, und das christliche Organ schöpft hier aus einer unbekanntem Quelle oder leidet an Halluzinationen. Von solchen persönlichen Invektiven gegen den Verfasser der Artikel in dieser Zeitung stroht nun die ganze spaltenlange Entgegnung des christlichen Organs, während sachliche Auseinandersetzungen unres letzten Artikels einfach mit der Bezeichnung „abgedroschene Phrase“ abgetan werden.

Nur in einem Punkt macht das christliche Organ den Versuch einer sachlichen Entgegnung. Dieser Versuch ist sehr mager ausgefallen und liefert uns nur den Beweis, daß wir es nicht mit einem Gegner zu tun haben, der ernsthaft zu nehmen wäre. Wir hatten behauptet, daß die christlichen Gewerkschaften beim Kölner Holzarbeiterstreik des vorigen Jahres und bei der Berliner Gärtnerbewegung in diesem Sommer die Interessen der Arbeiter verraten hätten, und daraus gefolgert, daß die christlichen Gewerkschaften keine wirklich arbeiterfreundliche Politik betreiben. Daran hatten wir dann die Bemerkung geknüpft, daß solcher Verrat der Arbeiterinteressen noch von keiner freien Gewerkschaft begangen sei. Dazu schreibt das christliche Organ:

Das ist denn doch, aufrichtig gestanden, eine etwas starke Behauptung, vielleicht schwirrt dieselbe als Hypothese im Kopfe des Herrn Verfassers. Denn hätte er nur etwas die Zeitungen verfolgt, so würde er bestimmt eines andern belehrt worden sein. Duzende Fälle könnten wir aufzählen, wo gerade die „freien“ Gewerkschaften an den Interessen der Arbeiter Verrat geübt haben. Ist denn dem Herrn Verfasser kein Solingen bekannt, wo der „freie“ Metallarbeiterverband wegen Streikbruch aus dem Zentralkomitee der Solinger Gewerkschaften ausgeschlossen wurde und dieses sogar von echt sozialdemokratischen, wenn auch lokalorganisierten Arbeitern?

Von den Duzenden Fällen ist hier also zunächst einmal einer angegeben, und das ist Solingen. Wir sind der christlichen Tabakarbeiterzeitung dankbar für die Anführung dieses Falles, denn das gibt uns einmal Gelegenheit, das „christliche“ Bürgergewebe der München-Gladbacher Schule etwas aufdecken zu helfen. Zunächst wollen wir feststellen, daß die christlichen Gewerkschaften bei dem Streik in Solingen nicht beteiligt waren. Die Verhältnisse liegen dort folgendermaßen: Die Solinger Metallarbeiterzeitung zerfällt in zwei Hauptgruppen, die Fabrikarbeiter und die Heimarbeiter. Letztere sind Kleinmeister, die mit ihren eignen Werkzeugen für die Fabrikanten nach genau geregelten Tarifen arbeiten. Erstere, die Fabrikarbeiter, sind durchschnittlich im freien Metallarbeiterverband, die Heimarbeiter in einzelnen Lokalorganisationen organisiert. Diese verschiedenen Organisationen vereinigen sich im Zentralkomitee zu gemeinsamer Inter-

essenvertretung. Dem Zentralkomitee steht auch die Entscheidung über Streiks für die Lokalorganisationen zu, ohne daß sich laut Statut an ihre Beschlüsse eine Zentralorganisation zu binden brauchte. Im vorigen Jahre entbrannte nun ein Kampf der Arbeiter mit der Firma Gottlieb Hammesfahr. Die Lokalorganisation der Messerschleifer behauptete, Hammesfahr erkenne die Organisation und ihre Preisverzeichnisse nicht an. Es fand nun ein Zusammenfluß aller Organisationen statt, auch der Zentralorganisation der Metallarbeiter. In einer gemeinschaftlichen Sitzung wurden die Vertreter der Lokalorganisationen gefragt, was denn eigentlich ihre Forderungen seien, worauf die Antwort erfolgte, davon verstanden die Frager, also die Zentralorganisierten, doch nichts. In einer späteren Sitzung wurde dann bestimmter Bescheid gegeben, der dahin lautete, daß die Lokalorganisationen das Verbot der Fabrikarbeit verlangten, selbstverständlich im Interesse der Heimarbeit. Daß sich damit die Zentralorganisation nicht einverstanden erklären konnte, ist selbstverständlich. Dessen ungeachtet erklärte die Zentralorganisation, sie würde eintreten für Anerkennung der Organisation der Messerschleifer und deren Lohn- und Qualitätsstarif. Was sonst aber jede Organisation mit Hammesfahr noch zu regeln habe, sei ihre eigne Sache. Die Firma Hammesfahr erklärte dann bei den Verhandlungen mit ihr, sie erkenne die Organisation der Messerschleifer, sowie deren Preis- und Qualitätsverzeichnisse für die Arbeit an, dagegen lasse sie sich keine Vorschriften darüber machen, was sie in ihrem eignen Betriebe herstellen solle. Die Hauptsache bleibe doch, daß die Arbeiter gut bezahlt würden.

Die Erklärung des Generalstreiks war dem Aktionskomitee vorbehalten, und als dieses nun nach obigen Verhandlungen den Messerschleifern nicht mehr zustimmen konnte und den Generalstreik ablehnte, versuchten die Messerschleifer es mit dem Zentralkomitee, in dem die Lokalorganisierten in der Mehrheit waren. Dadurch wurde das Aktionskomitee vollständig beiseite geschoben und die Bewegung zu einer Sonderbewegung der Messerschleifer, die dann auch ihrerseits den Streik erklärten, trotzdem Hammesfahr ihre Organisation, sowie Preis- und Qualitätsverzeichnisse anerkannt hatte. Jetzt faßte der freie Metallarbeiterverband folgenden Beschluß: „Wo bei der Firma Hammesfahr auf Grund des Beschlusses der Lokalgewerkschaften einzelne oder mehrere Kollegen im Betriebe die Arbeit niedergelegt haben, dürfen Mitglieder des Deutschen Metallarbeiterverbands diese Arbeit nicht übernehmen. Jedes Zuwiderhandeln gegen diesen Grundsatz wird als Streikbruch aufgefaßt.“

Konnte die freie Gewerkschaft kollegialer handeln? Wir möchten den christlichen Gewerkschaften wünschen, sie hätten immer so kollegial gehandelt, es läge an manchen Orten um die Lohn- und Arbeitsverhältnisse besser aus. Aber darauf kommt es ja den „christlichen“ Arbeiteraposteln auch gar nicht an, ihr Hauptgeschäft ist, im Trüben zu fischen. Sie verbreiten jetzt in ihrer Gewerkschaftspresse die Lügenmär, es sei gar nicht wahr, daß die Lokalorganisierten Solingens die Forderung auf Abschaffung von Fabrikarbeit im Interesse der Heimarbeit gestellt hätten. Wir wollen zugunsten des Organs der christlichen Tabakarbeiter annehmen, daß es seine Wissenschaft nur aus dieser Gewerkschaftspresse gezogen hat, dann darf für ihn wenigstens der mildere Umstand des guten Glaubens ins Gewicht fallen. So viel für heute. Nur das eine wollen wir dem Organ der christlichen Tabakarbeiter zum Schluß noch sagen, daß das Verhalten der christlich organisierten Tabakarbeiter im Streik bei der Firma Th. u. F. Klaasen in Emmerich im diametralen Gegensatz zu dem konsequenten und kollegialen Verhalten der freien Metallarbeitergewerkschaft in Solingen steht.

Gewerkschaftliches.

Köln a. Rh. Die Zigarettenfabrik Sasnicolis hat ihre Arbeiter, weil sie sich den Wünschen der Firmeneinhaber nicht gefügig gezeigt haben, entlassen. Nach Inkrafttreten des neuen Zigarettensteuergesetzes hat die Firma den Arbeitern einen Lohnabzug von 25-50 Pfg. pro Wille an und ferner wurde der Verdienst geschmälert in Aussicht gestellt dadurch, daß die Zigaretten bedeutend dünner hergestellt werden sollen als früher, wodurch die Arbeit erschwert wird. Die Arbeiter hatten sich gegenüber diesem Verlangen eine Bedenkzeit ausgedacht. Da aber die Firma bestimmt und ohne Federlesen eine Lohnreduktion vornehmen wollte, zu der die Arbeiter nur Ja zu sagen hätten, legte sie denselben einen neuen Lohnvertrag vor und jeder einzelne sollte seinen Hungerkontrakt selbst unterschreiben. Die Diktierung dieses Hungertarifs mußte natürlich abgelehnt werden und erfolgte die Entlassung. Wir registrieren diesen Fall wegen seiner gegenständlichen und volkswirtschaftlichen Wirkung, die die steuerpolitische Weisheit der Herren Gesetzgeber als auch der Regierung, die wieder einmal die Arbeiterinteressen wahrgenommen haben, zeigt. Den Zugang halte man fern.

Hannau. Wegen Lohnunterschieden und Maßregelung unserer Kolleginnen und Kollegen bei der Firma Kehl u. Gustinne ist der Zugang fernzuhalten.

Einbeck. Bei J. Jordan, Zigarrenfabrik (Sitz Hamburg) Einbeck, stehen die Kollegen im Streik und deshalb ist die Sperre verhängt. Man meide den Zugang. Da die Firma die Fabrik verlegen will, werden die Bevollmächtigten als Gauleiter hierauf aufmerksam gemacht.

Emmerich. Wegen Lohnabzügen bei der Firma Klaasen, die auch in Nees a. Rh. eine Filiale besitzt, befinden sich die Arbeiter in einem Abwehrstreik. Man meide den Zugang nach beiden Orten und unterstütze die Kämpfenden in ihrem Kampfe durch weitgehendste Solidarität.

Schwiebus. Hier sind Differenzen ausgebrochen. Eine neu ausgegebene Arbeitsordnung der Firma Winkler droht den Kollegen, welche dem Verbands angehören, mit sofortiger Entlassung. Wo bleibt die Unantastbarkeit des Koalitionsrechts? Der Zugang ist fernzuhalten.

München. Bei der Firma M. Bernstein, Zigarrenfabrik, Elisenstraße 7, sind Maßregelungen vorgekommen. Zugang ist strengstens fernzuhalten.

ac. Die Landesorganisation der schwedischen Gewerkschaften wird vom 6. bis zum 10. August d. J. in Stockholm ihren vierten Kongress abhalten. Bei dem vorigen Gewerkschaftskongress im Jahre 1903 zählte die Landesorganisation ungefähr

39 000 Mitglieder; wenn der jetzt einberufene Kongress zusammentritt, wird die Mitgliederzahl auf fast 100 000 angewachsen sein. Das Landessekretariat hat dieser Tage den Bericht über das Jahr 1905 verfaßt. Danach ist im verfloffenen Jahre die Mitgliederzahl von 81 693 in 1173 Abteilungen auf 82 255 in 1231 Abteilungen gestiegen, obwohl in Schweden gewerkschaftliche Kämpfe von so großem Umfange und langer Dauer wie nie zuvor stattgefunden haben, und deshalb außerordentliche Ansprüche an die Opferwilligkeit der Mitglieder gestellt werden mußten. Umfaßt doch die fünf Monate lange Aussperrung in der Metallindustrie allein 17 000 Personen. Zu bedenken ist hierbei, daß die Unterstützungsmittel für solche Kämpfe nicht etwa durch freiwillige Sammlungen, sondern, ebenso wie das in Dänemark und Norwegen geschieht, durch obligatorische Extrabeiträge von 5 bis zu 50 Öre pro Woche und Mitglied der angeschlossenen Verbände aufgebracht werden. Die gewerkschaftlichen Kämpfe des vorigen Jahres umfaßten 32 368 Arbeiter und wurden gegen 794 Unternehmern geführt. Zehn Ausstände dauerten jeder über 180 Tage, ein Beweis für die Zähigkeit, mit der die schwedische Arbeiter-schaft ihre Kämpfe zu führen versteht.

Berichte.

Goch. Zur christlichen Wahrheitsliebe. Wir sehen uns veranlaßt, den Kollegen das Treiben der christlichen Gewerkschaft am Niederrhein zu schildern. In Denunziationen, Unwahrheiten, Verdächtigungen und Verdrehungsfunktionen lassen es die christlichen Helden als Kampfmittel gegen uns nicht fehlen. Es scheint, als ob ihnen unsere Organisation ins Rückgrat gefahren ist. Trotz der allerhöchsten Gegenagitation, müssen sie zu ihrem größten Verger einsehen, daß wir dennoch gute Fortschritte machen.

Bereits im April vorigen Jahres wurde uns im christlichen Organ angedroht, falls wir ihren Führern nicht freien Lauf ließen, wollten sie ein deutlicheres Wörtchen mit uns reden. Wie das zu verstehen ist, kann sich jeder denken; sie haben denn auch nach Möglichkeit ihr Bestes getan.

Zur Zeit der Tabakfeuerbörse traten wir an den Vorstand der christlichen Ortsgruppe heran, gemeinsam mit uns gegen die Vorlage zu agitieren. Das wurde akzeptiert. Am 1. November vorigen Jahres wurde von beiden Vorständen beschlossen, eine Protestversammlung abzuhalten. Es wurde eine siebenköpfige Kommission gewählt, die das weitere zu besorgen hatte. Zu dieser bestimmte man auf Wunsch der Christlichen, auch das Zentralvorstandsmitglied Vogt vom christlichen Verband, der aber nicht anwesend war. Auch wurde beschlossen, gemeinschaftlich Fabriksversammlungen abzuhalten.

Am 2. November fand die erste Kommissionsitzung statt. Zu dieser Sitzung erschien auch das Zentralvorstandsmitglied Vogt. Hierauf verlas der Schriftführer unserer Seite das Protokoll der vorher erwähnten Vorstandssitzung. Dasselbe wurde für richtig befunden.

Darauf erklärte der Vorsitzende der Ortsgruppe Goch, daß sie vom Hauptvorstand strenge Weisung erhalten hätten, nicht mit uns gemeinsame Sache zu machen, sondern getrennt vorzugehen. Sodann erläuterte das Zentralvorstandsmitglied den Christlichen die Gründe dieser Maßregel. Die Hauptgründe waren folgende: Die Zentralkommission Berlin habe an die Kirch-Dunderschen Gewerkschaften einen Aufruf erlassen, gemeinsam gegen die Tabaksteuer zu agitieren, dabei sei aber der christliche Verband übersehen worden; sie würden nicht eher mit uns gemeinsame Sache machen, bis die Zentralkommission eingesehen hätte, daß auch die christlichen Arbeiter gleichberechtigt wären, zumal sie an Mitgliederzahl den Kirch-Dunderschen weit überlegen wären. Weiter wurde gesagt, wir würden nicht an die Christlichen herangetreten sein, wenn wir nicht in der Minorität, sondern in der Majorität wären. Diese lächerliche Äußerung wurde von uns damit widerlegt, daß wir allerorts mit ihnen in Verbindung getreten wären, auch dort, wo wir in der Majorität seien. Hierauf erwiderte Vogt, daß die Emmericher Kollegen des Deutschen Tabakarbeiterverbands, die dort vorhandenen 6 Mitglieder der christlichen Gewerkschaft ganz und gar außer acht gelassen hätten. Wir schenken den Ausführungen Vogts wenig Glauben und wollten uns erst bei der Zentralkommission erkundigen. Die Christlichen erklärten, bis zum 12. November dies abzuwarten. Hätten sie bis dahin keinen Aufruf erhalten, würden sie allein vorgehen. Im weiteren bedauerte Vogt, daß ihre Versammlungen nicht mal hin und wieder von Mitgliedern des Deutschen Tabakarbeiterverbands besucht würden, er habe gehofft, daß sich dann auch unser Kollege Rothgang darin zum Wort gemeldet hätte. Kollege Rothgang erklärte, lieber fern zu bleiben, da er nicht Gefahr laufen wolle, daß ihm das Wort beschnitten, entzogen oder er schließlich noch als lästige Person aus dem Lokal vertrieben würde, worauf uns erwidert wurde, daß dies hier niemals geschehen würde.

Auf unsere Anfrage an die Zentralkommission erhielten wir eine Antwort, die uns bestimmt von der Unwahrheit der Äußerungen Vogts überzeugte.

Nun fand am 12. November eine Mitgliederversammlung des christlichen Verbands statt. Zwei unserer Kommissionsmitglieder begaben sich dorthin, um zu erfahren, ob die Christlichen gesonnen seien, die Verhandlungen mit uns weiter fortzusetzen. Auf ihre Anfrage, ob es erlaubt sei, der Mitgliederversammlung beizuwohnen, sagte Vogt: „daß dieses sonst nicht gestattet, für diesmal aber geschehen könne.“ Im Laufe der Versammlung betonte Vogt weiter: Er habe nicht gesagt, daß die Kirch-Dunderschen einen Aufruf erhalten, sondern dieselben hätten in ihrem Organ den nämlichen Aufruf gebracht, gleich dem Tabakarbeiter. Darauf widerlegte unser Kollege Weiers in kurzen Worten die unwahren Äußerungen Vogts und betonte weiter, daß es dann doch Unfug gewesen wäre, die Zentralkommission hierüber anzufragen. Als Vogt nicht mehr aus noch ein machte, rief er: „Lüg nur zu, Herr Weiers.“ Kollege Weiers forderte sodann die christlichen Kommissionsmitglieder zweimal auf, sich hierzu zu äußern, wer der Lügner sei. Diese aber schwiegen sich aus, wahrscheinlich, um den Mann für Wahrheit, Freiheit und Recht nicht bloßzustellen. Als sich nun unsere Kommissionsmitglieder entfernen wollten, weil sie mit diesem Herrn, dem es an Verdrehungsfunktion nicht fehlt, nichts anzufangen war, rief er in Wut: „Dieses ist das erste und letzte Mal, daß ein Sozialdemokrat in unsre Versammlung kommt.“ Zum Schluß meinte er noch als echter christlicher Mann: „Wenn Ihr bis morgen abend Eueren sozialdemokratischen Verband nicht angemeldet habt, werde ich Euch anzeigen.“

Am 13. November erhielten wir den in Nr. 50, 1905, des Tabakarbeiters veröffentlichten Brief, unterzeichnet von dem christlichen Vorstand der Ortsgruppe Goch, worin der Held Vogt von seinen eignen Leuten abgemittelt wurde. Am 26. November wurde eine öffentliche Volksversammlung von den Tabakarbeitern Gochs einberufen, worin die Kollegen Faure und Klein referierten. (Siehe Bericht in Nr. 50 des Tabakarbeiters.)

Eine gute Freundin erhielt die Christlichen an der Niederrheinischen Volkszeitung hieselbst (ein Zentrums-Winkelblättchen). Im heiligsten Borne benannte dieselbe sechs Namen von den Tabakarbeitern, bezeichnete dieselben als waschechte Sozialdemokraten und bedauerte — so durch die Blume — daß christliche Arbeiter mit denen noch zusammenarbeiten müßten. Wie jedem wohl begreiflich, war es diesen Musterchristen nur darum zu tun, die Leute brotlos zu machen. Es erschienen nachträglich noch weitere Musterartikel, worauf wir aber nicht eingehen wollen. Jetzt zum Treiben des Herrn Vogt.

Zwei unserer Mitglieder gehörten einem hiesigen Gesangsverein an. Vogt als Vorstandsmitglied desselben unterbreitete diesem, daß beide dem sozialdemokratischen Verbands an-

gehörten, und nicht unter sie passen. Ein vorrandsmitglied erklärte ihm aber: „Was die Mitglieder außerhalb des Vereins machen, geht uns nichts an.“

Kürzlich wurde nun christlicherseits hier durch Handzettel bekannt gemacht, daß am 10. Juni d. J. eine Tabakarbeiterversammlung stattfinden solle, worin ein auswärtiger Redner referieren werde. Ueber den Ausgang der Versammlung berichtet das christliche Organ, Nr. 13, folgendes: „Am 10. d. M. fand hieselbst eine gutbesuchte Mitgliederversammlung statt. Eine Anzahl unorganisierter Kollegen war der Einladung zu der Versammlung gefolgt. Aber auch ungeladene Gäste waren erschienen, und zwar eine Anzahl Mitglieder des sozialdemokratischen Tabakarbeiterverbands in Begleitung des früheren sozialdemokratischen Parteisekretärs von Elberfeld, Faure, und des Gauleiters Klein aus Köln. Man muß es gerabazu als eine Frechheit bezeichnen, so in eine Mitgliederversammlung eines andern Verbands, die als solche ausdrücklich angeündigt war, einzudringen. Wir wollten keinem Mitgliede raten, in eine Mitgliederversammlung des roten Verbands, z. B. in Hamburg, Bremen usw. zu gehen, und dort noch ganz breit das Wort zu fordern. Kaum hatten sie sich jedoch im Versammlungslokal niedergelassen, als ihnen der Vorsitzende erklärte, es fände eine Mitgliederversammlung unseres Verbands statt, und wohl oder übel mußten sie das Lokal verlassen.“

So die Nr. 13 des christlichen Organs. In Wahrheit liegt die Sache so: Sämtliche Tabakarbeiter waren zu einer Versammlung eingeladen worden. Die Versammlung war sehr stark besucht. Zu unserem größten Erstaunen eröffnete der Vorsitzende einfach eine außerordentliche Mitgliederversammlung. Kollege Klein bat zur Geschäftsordnung ums Wort. Vom Vorsitzenden wurde ihm erwidert: „Weil ich Sie kenne, Herr Klein, darf ich Ihnen das Wort nicht geben. Auf nochmalige Anfrage, wurde ihm wieder das Wort verweigert. Darauf verließen wir aus freiem Willen, ohne die Versammlung im geringsten zu stören, das Lokal.“

Nach christlicher Art wurde dann am 17. Juni eine öffentliche Volksversammlung abgehalten. Von christlicher Seite wurden die widerstreitendsten Gerüchte verbreitet, bloß um uns irre zu führen. Der Versammlungsbericht im christlichen Organ lautete folgendermaßen: „Am auch mal den Segnern Gelegenheit zu bieten, ihr Licht öffentlich leuchten zu lassen, hatten die christlichen Gewerkschaften hier an Orte am 17. Juni eine öffentliche Volksversammlung einberufen, die von ca. 500 Personen besucht war. In derselben verbreitete sich der Arbeitersekretär Dedenbach aus Neuh in längeren Ausführungen über das zeitgemäße Thema: Christentum und Sozialdemokratie. An der freien Diskussion beteiligte sich nur Kollege Köös aus Orsoy, der die antireligiöse Richtung der „freien“ Gewerkschaften und ihre fröhe Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie nachwies und die Eritzenberechtigung und Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaftsbewegung treffend schilderte. Von den anwesenden Genossen meldete sich keiner zum Wort. Sie hatten aber auch wirklich Recht, denn ihre Führer waren — ausgeblieben. Es ist denen anscheinend auch leichter, ungerufen in Mitgliederversammlungen einzudringen, als in öffentlicher Versammlung Rede und Antwort zu stehen. O, diese Schlammeier!“

So das christliche Organ. In Wahrheit liegt die Sache aber so: Nach der vorher erwähnten Versammlung vom 10. Juni wurden christlicherseits die widerstreitendsten Gerüchte verbreitet. So u. a.: Es solle am Sonntag, den 17. Juni, eine öffentliche Versammlung stattfinden zwecks Regelung der hiesigen Verhältnisse zwischen dem katholischen Arbeiterverein und dem christlichen Holzarbeiterverbande, denn seit einer Reihe von Wochen befinden sich christliche Holzarbeiter bei einer hiesigen Firma im Ausstände. Von den Arbeitswilligen und Streikenden gehören mehrere dem katholischen Arbeiterverein an. — Es wäre ganz gut gewesen, wenn diese Sache geregelt worden wäre. So wurde denn auf alle mögliche Art und Weise versucht, uns über den Zweck der Versammlung im unklaren zu lassen. Von einem „Gelegenheitsredner, ihr Licht öffentlich leuchten zu lassen“, kann, wenn man Nachfolgendes und schon vorher Erwähntes betrachtet, keine Rede sein.

Schon am 14. Juni (Freitag) prunkte ein Komiteemitglied mit einem Flugblatt, für die Versammlung bestimmt, ließ es aber nur teilweise sehen. Er bemerkte dabei, zwei sozialdemokratische Redner kommen dorthin, wir werden sie aber gehörig zurecht weisen. Wie uns unter Zeugen mitgeteilt wurde, wurde von leitender Stelle aus befohlen, das Flugblatt ja keinem roten vor Sonnabend, den 16. Juni, in die Finger fallen zu lassen. Getreu diesem Befehle wurde es dann auch erst am Sonnabend, den 16. Juni, verbreitet. Somit hatten wir denn auch zum Vergnügen der Christlichen das erwähnte Recht, daß unsre Referenten ausbleiben; durch die echt christliche Handlungsweise gelangte unser Schreiben zu spät in ihre Hände, denn dieselben waren alle im Wahlkreise Altena-Herlorn tätig. Dies zur Steuer der Wahrheit; den christlichen Artikel-schreiber möchten wir noch ob seiner Handlungsweise versichern, daß einige seiner Vorstandsmitglieder nicht gut auf ihn zu sprechen sind.

Wir fordern unsre Kollegen auf, sich nicht durch solche Manipulationen der Christlichen in der Agitation für unsre gute Sache stören zu lassen, denn die Wahrheit siegt doch. Wir rufen Euch zu: Tretet ein in den deutschen Tabakarbeiterverband, denn nur er allein wird stets Eure Interessen voll und ganz vertreten!

Hannau. Am 9. d. M. fand im Saalbau eine Mitglieder-versammlung des Tabakarbeiterverbandes, Zahlstelle Hannau, statt. Die Tagesordnung war: 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1906; 2. Die Aussperrung unsrer Kollegen und Kolleginnen bei der Firma Kehl u. Gustinne hier. Punkt 2 wurde zuerst vorgenommen. Kollege Gräbner sprach noch einmal den Anfang der Lohnbewegung; die hiesigen Tabakarbeiter hätten mit einer Bitte (nicht Forderung) an die hiesigen Fabrikanten sich genötigt um eine Lohnerhöhung von 5 Pfg. pro 100 Zigarren und 2½ Pfg. pro 100 Widel. Einige Fabrikanten haben, wenn auch nicht voll und ganz, doch etwas zugelegt; nur die Firma Kehl u. Gustinne bewilligte nichts. Deshalb legten die Widel-macher die Arbeit nieder und selbstverständlich wurde den Zigarrenmachern von seiten der Firma gekündigt, und zwar mittels gedruckter Zettel. Die gewählte Kommission mit unserm Gau-leiter Schnell wurde bei den Herren vorstellig, doch es war keine Einigung zu erzielen; dieselben blieben auf ihrem Herrenstandpunkte stehen, deshalb sind die Arbeiter der Firma als gemäßigter zu betrachten. Zu der Versammlung waren auch auf Einladung der Vorsitzenden der christlichen Gewerkschaften und der Vorsitzenden des christlichen Tabakarbeiterverbandes von Groß-Steinheim erschienen. Herr Geuser (christliche Gewerkschaft) war mit den Ausführungen unsres Bevollmächtigten Gräbner zufrieden und sagte, daß die minimale Lohnforderung der Tabakarbeiter gerecht sei, er würde uns bei dem Lohnkampfe zur Seite stehen. So auch der Kartellvorsitzende von Klein-Steinheim. Der Gauleiter brachte einen Antrag ein, welcher lautete: „Die heute, am 9. Juli, im Saalbau tagende Mitgliederversammlung des Deutschen Tabakarbeiterverbandes, Zahlstelle Hannau, beschließt, daß die bei der Firma Kehl u. Gustinne entlassenen Zigarrenmacher als ausgesperrt resp. gemäßigter zu betrachten sind.“ Der Antrag wurde einstimmig von der gut besuchten Versammlung angenommen. Darauf wurde zur Wahl der Streik-kommission geschritten und nachstehende Kollegen gewählt: Guf-nagel, Bauer, Brückner und Bonifer. Kollege Dold stellte den Antrag, eine Agitationskommission zu wählen, welchem Antrage auch der Bevollmächtigte zustimmte. Es wurden gewählt: Frau Knaf und Fräulein Greta Müller, die Kollegen Münch, Guf-nagel, Niedermann und Dold. Der Zugang nach Hannau ist fernzuhalten.